

Erstpreis 100 Mark
 nachmitt. u. Abends
 bei Kasse u. Kassenlosg.

Zeitungsertrag
 monatlich 60 Pfennig frei
 ins Haus, durch die Post
 bezogen monatlich
 1.00 Mk. ohne Bestellg.

„Die Neue Welt“
 (Wochenzeitung),
 monatlich 10 Pfennig.

**Verlags- u. Anstalts-
 Schriftleitung: Nr. 898,
 Reichshofstr. Nr. 1047.**

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr
 beträgt für die 6 spaltenwe-
 iten Zeilen ab dem 1. Januar
 20 Pfennig,
 für monatliche Anzeigen
 20 Pfennig,
 Anzeigen anderer Art
 bei Seite 75 fest.

Anfragen
 für die fällige Nummer
 werden spätestens die ver-
 mittlung des 10. März in der
 Geschäftsstelle angenommen.

**Abbestellen in der
 Postzustellung.**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Post 42/43. Geschäftsvermittlung von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Post 42/43. Sprechstunde werktags 12-14 Uhr mittags.

Der Tag ist herangekommen!

Nur noch Stunden trennen uns vom entscheidenden Wahltage.

Die Zeit des Nebens und Ueberzeugens geht zu Ende — der Augenblick des Handeins kommt heran. Ein Volk hat zu sprechen. Ein Volk soll seine Geschicke schreiben! Es kann es, wenn es will!

In andern Ländern wird an solchen Tagen entschieden, welche Partei die Regierung bilden und die Herrschaft führen soll. Wir sind nicht so weit! Wir haben ein mächtiges persänliches Regiment, eine glatte Bureaucratie und einen schwachen Reichstag.

Aber der Reichstag wird hart sein, wenn das Volk es will!

Der Reichstag war bisher schwach, weil das Volk schwach war. Millionen armer unwilliger Menschen tragen die Last der Krone, auf Lünen die Klagen ihrer Feinde stehen, und sie liefern sich damit selber immer neuer Knechtschaft aus. Alle Versprechungen wurden gebrochen, alle Wünsche mißachtet, alle Hoffnungen enttäuscht. Fünf Jahre lang durften die Wähler darüber fragen, heute dürfen sie es nicht mehr, denn sie haben das Mittel in der Hand, es zu ändern. Den Stimmzettel!

Was ist ihr Stimmzettel? Ein kleines Stück Papier mit einem Namen darauf! Aber hinter diesem Namen steht eine Idee, eine Organisation, auch, wenn die Wähler es wollen, eine Kraft. Es muß nur eine klare Ueberzeugung dahinter stehen und ein fester Wille.

Die Sozialdemokratie hat die klare Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände und den festen Willen, sie grundtugend umzugestalten. Von allen Verbündungen, die gegen sie ausgetrieben werden, ist keine so unheimlich wie die, sie verleihe ihr Programm, sie ziehe mit verkümmertem Sinne in den Wahlkampf. Ihrer guten Fahne verbannt diese große Bewegung ihre Erfolge und sie kann sie darum nicht hoch und oft genug tragen.

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Pflichten und Rechte aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung.“

So steht es im Erfurter Programm.

Die Abschaffung der Klassenherrschaft ist aber nur möglich durch die Abschaffung der Gesellschaftsordnung, der sie entspringt. Die herrschenden Klassen sind mächtig und können die Massen des Volkes niederdrücken, weil sie die Schätze in ihrem Eigentum halten, ohne die keine Arbeit erzeugt werden können. Grund und Boden, Häuser, Fabriken, Bergwerke, Maschinen und Werkzeuge aller Art.

Diese Schätze, die ihren Eigentümern arbeitsloses Einkommen und eine ungeheure, jede Phantastie übersteigende Macht verleihen, sind deshalb so unermeßlich wertvoll, weil sie unentbehrliche Produktionsmittel sind.

Die schaffende Arbeit ist nicht dankbar ohne sie. Und es ist der Fluch dieser Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft, daß sie zwar immer neue Produktionsmittel schafft — aber immer nur für die andern, während ihr selbst oft nicht genug übrig bleibt, um das nackte Leben zu fristen.

Die Produktionsmittel sollen der Allgemeinheit gehören! Das ist die Haupt- und Grundforderung der Sozialdemokratie. Ihr Endziel ist die Organisation der gesamten Wirtschaft durch ein freies, reifes, aufgeklärtes Volk.

Ihr Endziel ist die Freiheit und das Wohlergehen aller! Und ihre nächsten Forderungen sind:

Reine Volksherrschaft! Gesetzlicher Arbeitsschutz! Sicherung der Erntegüter aller durch Sozialversicherung unter reichlicher Anwendung öffentlicher Mittel. Ausbau der Reichsversicherung zum Schutze der Mütter, der Witwen und Waisen, der Arbeitslosen, der Alten und Invaliden. Zu diesem Zwecke: Erparung öffentlicher Mittel durch Einleitung der Reformen. Verkündung der Völker! Krieg den Kriegen!

Restaurierung der Reichen. Beseitigung der durch die ständeherrliche Reichstagsreform verurteilten Restau-

ralen Verfassung der Armen. Beseitigung der Grundbesitzerherrschaft und ihrer Grundlage, des Lebensmittels verteuernenden Hochzinssystems. Schutz nicht den Besitzern und Veräußern, sondern den Erzeugern der Lebensmittel und aller andern Güter!

Welchen Grund sollte die Sozialdemokratie haben, dieses ihr Programm zu verbergen? Nein, die kann es nicht sichtbar genug vor sich hertragen, kann seine Forderungen nicht laut genug allen in die Ohren rufen, sie nicht oft und eindringlich genug fragen: „Das ist's, was wir wollen — seid ihr für und oder gegen uns?“

Für und oder gegen uns — der 12. Januar soll es entscheiden! Und am Abend dieses Tages, wenn die Wahlnachrichten durch den elektrischen Draht von einem Ende des Reichs zum andern fliegen, werden wir wissen, wie groß der Schritt ist, den das deutsche Volk in der Richtung zu den Zielen der Sozialdemokratie gemacht hat.

Denn kein Mensch bezweifelt, daß es vorwärts gehen wird. Die einen beklagen es, die andern jubeln darüber, keiner bestritt es. Es geht vorwärts, weil es vorwärts gehen muß. Die Sozialdemokratie hat die grundlegenden Elemente der Gesellschaft richtig erkannt, sie hat ihre Politik nach ihnen eingerichtet, die Entwicklung ist mit ihr im Bunde!

Die Menschheit, die die Kräfte der Natur erschafft und sich dienbar gemacht hat, wird auch die Kräfte der Gesellschaft sich dienbar machen, sich, jedermann, des Allgemeinheit!

Millionen haben und fragen: „Wie weit ist's noch dahin?“ — Niemand vermag den Lauf künftiger Geschicke gleich einem astronomischen Ereignis auf Tag und Stunde berechnen. Aber der 12. Januar wird wenigstens einen Riß vom Schleier dieses großen Geheimnisses klaffen: er wird zeigen, was das Volk in den letzten fünf Jahren gelernt hat.

Das Leben, wie es die Massen des Volkes zu führen gezwungen sind, ist ein harter und grauamer Lehrmeister. Aber oft genug ist es auch ein Verdunkler und Unterdrücker. Gewaltige Scharen, nicht minder geachtet und freudenernt — ja noch viel ärmer als die andern, weil ihnen selbst die Erkenntnis der Bahn fehlte, die zum Bessern führt — standen vor fünf Jahren noch im Lager der Feinde. Jeder einzelne, der sich dem Wahn entreißt und den Weg zur Fahne findet, zu der er als Mann des wertvollen Volkes gehört, soll mit Jubel begrüßt werden.

Wie es sich selber frei macht, hilft es mit an der Befreiung des ganzen Volkes.

Und nun ist's nicht mehr Zeit zu zehen sondern zu handeln. Der Tag ist herangekommen, er ruft zum Dienst der Freiheit! Was in der letzten Stunde noch jeder seine Pflicht tun, auf daß es am Abend darauf heller, gewaltiger, heßgewisser denn je von Millionen Lippen und Herzen ertöne:

Es lebe die internationale völkerebefreiende Sozialdemokratie!

Die Stärke der Reichstagsparteien.

Auf vierzig Jahre kann der deutsche Reichstag zurückblicken. Zum 12. Male soll jetzt das Volk über seine Zusammenfassung entscheiden. Da mag ein Ueberblick über die Stärke der Parteien Interesse finden.

Die Konservativen eroberten 1871 64 Mandate. Diese Zahl sank aber 1874 auf den allerniedrigsten Stand von 21 Mandaten. 1877 brachten die Konservativen wieder 40 und 1878 gar 59 Mandate heim. 1884 schloß die konservative Fraktion 70 und 1887 sogar 80 Mandate. Diese Zahl sank dann bis 1903 langsam aber stetig auf 52 Mandate, um bei den Wahlen wieder auf 55 anzukommen.

Die Fraktionsstärke der Reichspartei betrug 1871 38 Mandate, schnellere aber 1878 auf 51 in die Höhe. Dann sank die Mandatszahl bis 1881 wieder auf 27. 1887 stieg sie wieder auf 41 und blieb dann von 1890 an zwischen 20 und 30. 1903 erreichte die Reichspartei mit 19 Mandaten ihren niedrigsten Stand. Nach den Wahlen schloß die Reichspartei ohne die Sozialdemokratischen Mandaten kamen dann stets noch durchschnittlich 4 bis 5 Mandate von nichtkonservativen Abgeordneten.

Die Antikemotoren traten erst 1887 mit einem Mandat auf. Die Zahl wuchs 1890 auf 5, 1898 auf 16 und schwanke dann ständig zwischen 10 und 20. 1907 wurden, einschließlich der Christlichsozialen, 20 Antikemotoren gewählt. Der Bund der Landwirte trat erstmals 1903 auf und verfügte über durchschnittlich 6 Mandate. Der Deutsche Bauernbund eroberte 1908

erstmals 4 Mandate, hatte 1906 5, 1908 8 und 1907 nur noch ein Mandat.

Am schärfsten spielte der Wechsel den Nationalliberalen zu. In die 1871 über nicht weniger als 118 Mandate verfügten. Ihre Mandatszahl wuchs 1874 gar auf 151 oder mehr denn als ein Drittel aller an. Nun aber trat ein harter Rückschlag ein. Die nationalliberale Mandatszahl sank 1877 auf 127, 1878 auf 98, 1881 auf 64, 1884 auf 51, um dann 1887 bei den Septennatswahlen noch einmal auf 96 emporzuschwelen. Dann aber kam der tiefe Fall. 1890 brachten die Nationalliberalen nur noch 41 Mandate heim. 1893 schloß sie 63, 1896 48, 1903 50 und 1907 54 Mandate. Von Wehninghausen also keine Spur.

Der heute in der Fortschrittlichen Volkspartei vereinigte Linksliberalismus schloß 1871 47 Mandate, 1874 40, 1877 39, 1878 29, 1881 aber stieg die linksliberale Mandatszahl auf 114. Bei der Wahl 1884 konnten die Linksliberalen von diesem Besten nur 71 Sitze behaupten. 1887 aber sank die Mandatszahl auf 114. Bei der Wahl 1894 konnten die Linksliberalen von diesem Besten nur 71 Sitze behaupten. 1887 aber sank die Mandatszahl auf 114. Bei der Wahl 1894 konnten die Linksliberalen von diesem Besten nur 71 Sitze behaupten. 1887 aber sank die Mandatszahl auf 114. Bei der Wahl 1894 konnten die Linksliberalen von diesem Besten nur 71 Sitze behaupten.

Die Sozialdemokraten eroberten bei der Wahl 1871 nur ein Mandat. 1874 aber brachten sie bereits 10 Mandate heim, welche Zahl 1877 auf 12 anwuchs. Bis 1881 veränderte sich diese Zahl nur unwesentlich. 1884 aber stieg die Zahl der sozialdemokratischen Sitze von 12 auf 24. Im Jahre 1887 sank die Zahl der sozialdemokratischen Sitze wieder auf 11, stieg dann aber ständig an: 1890 auf 30, 1893 auf 44, 1896 auf 56 und 1903 auf 81, den höchsten Stand. 1907 aber trat ein Rückschlag in der Mandatszahl ein, und zwar auf 48. An den Wahlen 1907 sank dann im letzten Mandatsjahr wieder auf 55 gesunken, und für die Neuwahlen rechnen uns Feind und Freund an die 100 Mandate zu. Die Sozialdemokratie ist also die einzige Partei, die trotz gelegentlicher Rückschläge dauernd zunimmt und vorwärts schreitet. Ständig wächst die Zahl der freien Massen, und das gibt uns die Gewißheit des endgültigen Sieges.

Die starkbeladenen Lebensmittelfteuern.

Zahlen zeigen, wie regiert wird! Dies Wortwort kommt einem bei der Betrachtung des Reichstags für 1912 unwillkürlich in den Sinn. Gehen wir einmal zu.

Nach dem Entwurf der Reichshaushaltsetats für 1912 stehen sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats mit 2686 Millionen Mark gegenüber. Die Einnahmen sollen für 1912 zunächst durch Zölle und Verbrauchsabgaben aufgebracht werden und 1593 Millionen Mark

ergeben. Die Zölle und Verbrauchsabgaben treffen in erster Linie die große Masse der Nichtbesitzenden, da sie auf den wichtigsten Lebens- und Genussmitteln ruhen und somit als Steuerwerk wirken!

Die Reichsausgaben, hauptsächlich für den Militarismus und die Kolonien, sind unangesehnt im Steigen und müssen daher durch entsprechend wachsende Einnahmen gedeckt werden. Am besten und gerechtesten wäre dies durch die Einführung direkter Steuern zu bewirken. Dagegen aber sträubt sich die herrschende Klasse der Besitzenden, und da sie die Gesetzgebung in der Hand hat, so werden die notwendigen Beträge einfach in Gestalt indirekter Steuern der arbeitenden, nicht besitzenden Klasse auferlegt. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben betragen:

1878	285 Millionen Mark
1885	846
1896	681
1900	606
1907	967
1912	1593

Der Rest der Reichseinnahmen setzt sich in der Hauptfrage zusammen aus den Einnahmen der	
Reichspost und Telegraphenverwaltung	72 Millionen Mark
Reichsdruckerei	18
Bankwesen	16
Reichsfeinstaubverwaltung	139
Reichsrentenverwaltung	52

Wie man sieht, wird fast die ganze Reichseinnahme den Leuten der besitzenden Klassen, des Proletariats, entnommen, denn auch die Heberschiffe der Reichsrenten werden ja durch die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeiter herausgeprellt!

Am 11. Januar hat das Volk sein Votum gegen diese Wirtschaft abgegeben!

Die Beamten haben Wahlfreiheit!

Regierungs- und Unterterrorismus gegen die freie Wahl der Beamten!

Über: Die Wahl ist geheim!

In Indien fängt man wilde Elefanten, indem man eigens zu ihrem Zweck dressierte Dickhäuter derselben Art als Köder benutzte. Ähnlich löst der dressierte Elefant seine freien Kameraden von dem ungenützten Jagdplatz, und wenn sie den Betrag merzend, sich zur Flucht wenden, haben sie schon die Schlinge um den Fuß, mit ihrer Freiheit ist's zu Ende. Ganz nach der Methode indischer Elefantenjäger geht Herr v. Bethmann in Berlin unter den Staatsbeamten und Staatsarbeitern auf die Jagd. Er hat die Vertreter einiger Beamten- und Staatsarbeiterverbände haben sich unter Führung des früheren Ministerialdirektors im Reichsamt des Innern, Juit, auf den Jagdplatz begeben, sie haben am Montag eine Sitzung abgehalten und laden nun ihre freien Kameraden mit den Einzelanträgen einer Resolution, in der es heißt:

Der 12. Januar ruft auch die Beamten und Arbeiter des Reiches und der Bundesstaaten zur Wahlurne. Als freie Männer sollen sie das vornehmste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht ausüben, gebunden nur durch Pflicht und Gewissen, geleitet durch gewissenhaftesten Sinn. Daraus ergibt sich für den Beamten ohne weiteres seine Stellung. Sein Dienstverhältnis macht ihm nicht die Wahl eines Gegners der bestehenden Staatsordnung. Man lasse sich durch Spiegelfechterei nicht irreführen! Ich bleibe bei! Und Giddras bleibt Giddras! Wer den Dienst geschworen hat, kann also, solange er im Amte ist, einen Sozialdemokraten nicht wählen.

Die Verurteilung auf den Dienstleider, der übrigens nur von dem Beamten, nicht von den Arbeitern geschworen wird, ist weiter nichts, als ein dreifacher Versuch, einen Teil der Wähler zu regeln und ihnen ihre verfassungsmäßig gewährte Wahlrecht hinweg zu eskamotieren. Wer an die Urne tritt, um zu wählen, ist frei. Staatsbürger und nicht anders! Ob er Arbeiter, Kaufmann, Handwerker, Beamter ist, ist ganz gleichgültig. Sein Eid bindet ihn, sondern ihn bindet nur die stiftliche Pflicht, demjenigen Kandidaten seine Stimme zu geben, von dem er erwartet, daß er der allgemeinen Sache am besten dienen werde. Gegen seine innerste Überzeugung wählen, ist Mißbrauch des Wahlrechts und eine feige Lumperei.

Selbst die Konservativen erkennen die Pflicht des Beamten zu politischem Gehorsam außerhalb des Amtes durchaus nicht an. Wiederholt — man erinnere sich nur an die berühmte Kanalarbeit — haben forstliche Beamte in schärfster Opposition zur Regierung gestanden, und wie man ihre Haltung auch lächeln konnte, im Sinne der Verfassung war sie unerschütterlich. Der Abgeordnete bei der Wahlurne, der Wähler bei der Wahl ist frei. Und wenn er die Wahl eines Sozialdemokraten für richtig hält, dann ist es vor seinem eigenen Gewissen keine verdamnte Pflicht und Schuldbild, bei der geheimen Reichstagswahl sozialdemokratisch zu wählen.

Selbst einer der ärgsten Schwärmer, die je in der preussischen Regierung gestanden, der verlorbene Eisenbahnminister Bude hat die Wichtigkeit dieses Grundgesetzes anerkannt, als er im Jahre 1902 im Abgeordnetenhause sagte: „Die Eisenbahner müssen wählen, wie sie wollen, meinetwegen auch sozialdemokratisch.“ Das war der allein korrekte Standpunkt, und er gilt nicht nur für die Eisenbahner, sondern auch für alle anderen in Staats- oder Reichsdienst stehenden Arbeiter und Beamten. Der Aufbruch der Beamten- und Staatsarbeiterverbände bringt dann noch einige der laudablen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie vor, auf die einzugehen, sich weiter nicht beliebt. Ja, es wäre unter der Würde der Sozialdemokratie, mit den Verfassern des Kurses zu diskutieren, denn man diskutiert nur mit freien Männern, die das Recht haben, sich eine eigene Überzeugung zu bilden. Die Verfassers des Kurses aber sind arme Kerle, die auf die Sozialdemokratie schimpfen

müssen; denn würden sie sie lieben, dann würden sie davon gejaht werden. Sie sind eben keine freien Staatsbürger, sondern bloß gahme Elefanten.

Ständlicherweise denkt die Presse ihrer Kameraden nicht im entferntesten daran, ihren Seufzern zu folgen und hindrängend in die besetzte Furche des schwarzbärtigen Fochs hinein zu tappen. Das geht u. a. auch aus einem Artikel der Deutschen Unterbeamtenzeitung hervor, in dem es heißt:

Das gesamte untere Beamtenumfeld ist gründlich für die „Segnungen“ der herrschenden Wirtschaftspolitik, die Sonderinteressen von Unterbeamtenfamilien an den Rand des Abgrundes und vor den wirtschaftlichen Ruin gebracht. ... Als Gegenwehr gilt dann nur noch eine Parole: Die unteren Beamten geben einen Vertreter der heutigen Wirtschaftspolitik unter keinen Umständen eine Stimme! Was ihnen daran liegt, kann man nicht wissen, gilt genau so für den Trost und die Botschaft des Unterterrorismus für die übrigen bürgerlichen Parteien, die — von den Arbeitern gar nicht zu reden — sich in der Vertretung der Beamtenrechte stets als unzuverlässig erwiesen haben. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die konsequent und energisch für materielle Besserstellung und volle staatsbürgerliche Freiheit der Beamten und der Arbeiter in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben eintritt. Das müssen die Arbeiter und der größte Teil der Beamten ganz genau, und keine Wahl der Welt wird sie verhindern, bei der freien geheimen Wahl am 12. Januar sozialdemokratisch zu stimmen.

Heydebrand befehlt — Bethmann gehorcht!

Die Junker fordern die Beamtenstimmen! Die Junker haben zu ruhe und die Regierung pariert. Am Dienstag abend schreibt die Nord. Allg. Ztg.:

In konservativen Kreisen ist darüber eine Lage entstanden, daß die Staatsregierung sein bezeichnendes Wort der Abwehr gegen die Verurteilung habe. Die Beamten zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmen zu verpflichten.

Hierbei wird übersehen, daß die Staatsregierung im Landtag und bei sonstigen Gelegenheiten der Auffassung, daß jede mittelbare wie unmittelbare Begünstigung der Sozialdemokratie durch einen Beamten mit seinen Pflichten und mit dem von ihm geleisteten Treueid unvereinbar sei, so oft und mit solcher Entschiedenheit heute wieder gesprochen hat, daß irgend welche Zweifel hierüber in Beamtenkreisen völlig ausgeschlossen sind. Die Beamten selbst nehmen mit aller Entschiedenheit gegen solche verwerfliche Zumutungen Stellung. Die Presse der Beamtenvereine hat gegen die Versuche, die Beamten über die Bedeutung des Dienstes hinausgehenden Verwagungen zu verpflichten, und noch in den letzten Tagen ist von führenden Persönlichkeiten der Beamtenvereine ein Aufruf erlassen worden, der mit nicht müßigerstehender Deutlichkeit darauf hinweist, was Ehre und Gewissen von dem deutschen Beamten bei den Reichstagswahlen fordern.

Großartig! Die Regierung kommandiert von hinten herum die Beamtenuntergebung — und dann behauptet sie, „Die Beamten selbst“ wendeten sich gegen die Sozialdemokratie. Das tragende Junkerregiment fordert Kopf und Stimme der Beamten! Die Regierung gehorcht!

Aber der Versuch der Regierung, die Beamten zu einer ihr gemainen Ausübung ihres Wahlrechts zu zwingen, ist ein verfassungswidriger Versuch, die Freiheit dieser Wähler aufzuheben.

Ständlicherweise sind die Beamten in der Lage, auf diesen neuesten reaktionären Schritt einer den Junkern hindrängend gehorchenen Regierung in der Wahlstille die richtige Antwort zu geben! Noch einmal:

die Wahl ist geheim!

Volksausplünderung und kein Ende.

Die bürgerlichen Parteien haben in den vier Jahrzehnten ihrer Herrschaft im Reichstage nicht nur das Reich in eine erschreckende Schuldenlast hineingeworfen, sie haben nicht nur dem Volke Milliarden auf Milliarden neuer Steuern aufgebunden, sondern sie haben auch den Reichstag ständlicherweise mehr entlastet und dafür das ärmere Volk in steigendem Maße mit Lebensmittelerhöhungen und Böden überhäuft. Trotzdem wird von ihnen das Blaue vom Himmel herunter gelogen, daß Deutschland das gerechteste Steuerwesen und eine geradezu unvergleichliche Staatswirtschaft besitzt. Die ganze Freiheit dieser Schwindelnerei enthält das Handbüchlein der Staatswissenschaften. Dort macht O. Schwarz interessante Feststellungen über die Finanzabgüsse der modernen Staaten.

Die Entlastung des Reichstages in England, Frankreich und Deutschland ist die folgende:

Direkte Steuern 1875 bezw. 1881/82 1908 Indirekte Steuern und Zölle 1875 bezw. 1881/82 1908

England 222900 1170800000 Mk. 1908 1052200 1485600000 Mk.

Frankreich 486900 741800000 Mk. 1908 1389200 1727600000 Mk.

Deutschland 255100 656800000 Mk. 1908 1565000 1560200000 Mk.

Der Anteil der direkten, den Besitz betreffenden Steuern an den Gesamtsteuern ist also in Deutschland im Laufe der Jahre gesunken und der Anteil der indirekten Steuern gestiegen, während in den anderen Ländern der Besitz im verstärkten Maße zu den Steuern herangezogen wurde. Das tritt noch wirksamer in Erscheinung, wenn man an Stelle der absoluten Zahlen die Prozentsätze setzt. Das gibt folgendes Bild:

im direkten indir. Steuern direkte indir. Steuern

Jahre 1875 1908 Jahre 1875 1908 Jahre 1875 1908 Jahre 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Frankreich 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

Deutschl. 1881/81 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

England 1875 1908 1875 1908 1875 1908 1875 1908

**Ausland.
Frankreich.**

Die Senatswahlen. Aus Paris wird uns noch geschrieben: Obgleich niemand große Veränderungen in der Zusammensetzung der Senatskammer erwarten konnte, hat das unerwartete Resultat der Senatswahlen doch einigermaßen überrascht. Man erwartete eine kleine Verfestigung nach links zugunsten der Radikalen und auf Kosten der Rechten und des Zentrums. Inzwischen haben die Radikalen keinen einzigen Sitz gewonnen, ja in Wirklichkeit einige Sitze an radikale Ueberläufer verloren. Die Gewinnenden sind die Anhänger der sogenannten demokratischen Allianz, eine sozialistische Vereinigung von Sozialisten mit antisemitischen Wurzeln. Das offizielle Resultat ist folgendes: Konservativen 7 (früher 6), Progressiven 24 (23), Linksrepublikaner 17 (14), Radikale 51 (51), unabhängige Sozialisten 2 (2). Sieht man sich die gewählten Radikalen jedoch genauer an, dann entdeckt man unter ihnen den Herrn Doumer und einen anderen radikalen Kandidaten, gewählt gegen die offiziellen radikalen Kandidaten. Im Departement Eure wurde gleichfalls die offizielle radikale Liste mit dem Herrn Delpech, einem ehemaligen Präsidenten der radikalen Partei, von einer „unabhängigen“ Liste geschlagen. Auf der Insel Guadeloupe wurde der weisse Bruder des Sozialismus gegen den Radikalen gewählt. In einer Anzahl Wahlkreise haben die Radikalen außerdem erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen. All diesen kleinen Veränderungen auch keine besondere politische Bedeutung beizumessen, so ist sie doch symptomatisch für die politische Entwicklung innerhalb des republikanischen Bürgerturns.

Andere Genossen hatten in neun Departements eigene Kandidaten aufgestellt. In einigen davon erhielten sie eine ganz erhebliche Stimmenzahl, die ein Zeichen für das Werdung unserer Partei in den Gemeinden ist. So im Departement Alier 98-130 von 828 abgegebenen Stimmen, im Departement Avennes 118-135 von 821 Stimmen, im Departement Cher 138 von 697 Stimmen usw.

16 Abgeordnete wurden zu Senatoren gewählt. Die dadurch notwendig gewordenen Nachwahlen zur Deputiertenkammer werden unserer Partei hoffentlich einen anderen Erfolg bringen.

Schritt eines Ministers. De Selves, der Minister des Äußeren, dessen Abgang wegen Meinungsverschiedenheiten über das deutsch-französische Abkommen schon seit Wochen bevorstand, hat nun endlich seine Entlassung genommen. Und das kam so: Im Senatsantrag stellte Clemenceau an den Minister des Äußeren die Frage, ob außer den offiziellen auch offizielle Unterhandlungen mit Deutschen gepflogen worden seien. De Selves erklärte, er befinde sich zwischen zwei Pflichten. Das erste Pflicht sei, die Wahrheit zu bekennen und die andere, die durch das Solidaritätsgefühl mit seinen Kollegen verursacht sei, welches ihn zwingt, zu schweigen. Diese Erklärung rief allgemeine Verwirrung hervor. Infolge dieses Zwischenfalles überreichte der Minister des Äußeren dem Präsidenten der Republik seine Demission.

Türkei.

Die Friedensverhältnisse der Mächte sind von der türkischen Regierung wohl aufgenommen worden. Inzwischen wird doch in gut unterrichteten diplomatischen Konstantinopler Kreisen an der Ansicht festgehalten, daß nach Beilegung der Verfassungskrisis die Regierung mildere Saiten aufziehen und in einen Waffenstillstand einwilligen werde, der dann von den Mächten dazu benutzt werden soll, die geeignete Friedensform zu finden.

Amerika.

Kampf in der demokratischen Partei. In der demokratischen Partei ist eine Spaltung eingetreten. Für Dienstag nach dem demokratischen Landesausflug zusammenberufen. Diese Tagung war nichts viel Besseres als ein großer Jahrmakel. Recht und links löste es wieder von dem Wort „Lüge“. Die Partei wurde vollständig zerplittert. Wahrscheinlich erhob Einspruch gegen das weitere Verbleiben von Giffey aus Pennsylvania im Ausschuss. Bei der Abstimmung jedoch waren dreißig Stimmen für Giffey und nur achtzehn gegen ihn. Auch der Führer der Partei, Ward, hatte sich auf Ervans Seite gestellt. Die Versammlung wurde schließlich vertagt, um Tag und Ort des demokratischen Landesparteitages festzusetzen.

25 Gründe

gegen den Liberalismus.

1. Grund. Nicht der Liberalismus, sondern die Sozialdemokratie ist die zuverlässigste Vertreterin aller freibürgerlichen Volkserfordernisse.

2. Grund. Vierundzwanzig Gründe, keinen Liberalen zu wählen, sind an dieser Stelle vorgetragen worden. Es hätten aber ebensoviele zweihundertvierzig oder zweitausendvierhundert sein können. Denn wo man in die politische Geschichte Deutschlands hineingreift, findet man Spuren freimüthiger Unzuverlässigkeit und liberalen Betrugs.

Infern Liberalen Gegnern sind aber vierundzwanzig Gründe schon jetzt gegeben. Viele liberale Redner und Jungen haben sich schamlos in Bewegung gesetzt, um ihre Überlegenheit zu vertheidigen. Berechtigtes Bemühen. Der Liberalismus kann seine Vergangenheit nicht aus der Welt schaffen, und er muß bleiben was er ist. Auch für ihn gilt das orphische Wort:

So mußst du sein, du kannst dir nicht entziehen!

Als eine Partei kapitalistischer Interessenvertretung muß der Liberalismus stets in Widerspruch mit seiner freibürgerlichen Ideologie geraten.

Umgekehrt muß die Sozialdemokratie als die Interessenvertretung aller besser, die nicht von Grundrente und Kapitalzins, sondern von der Arbeit ihres Kopfs und ihrer Hände leben, die Partei der Freiheit sein. Denn was wollen die arbeitenden Massen? Sie sind weit entfernt von jenem „groben Materialismus“, der bloß Brot, Gemüthe und Bequemlichkeiten des Lebens verlangt, sie scheuen sich nicht, persönliche Unabhängigkeit nach freibürgerlicher Freiheit, nach ungehinderter Entfaltung ihrer vollen Menschennatur.

Liberale Redner glauben noch immer die Wähler gruselig machen zu können mit einer Schilderung des sozialistischen Zukunftsaufbaues, in dem „nicht der lebendige Hauch der Freiheit, sondern die schwüle Luft des Zukunfts“ wehen wird, und der Präsident des Parlamentes des Reiches zieht mit einer Rede durch das Land, in der er verkündet, der Sozialismus erlöse alle Individualität, er wolle die grausamste Autokratie gründen, die je in der Welt bestanden habe.

Wir reimsch aber zu dieser schrecklichen Zukunftsmalerie die unbeschränkte, unbefristete, von christlichen Liberalen oft und oft angegebene Tatsache, daß sich die Sozialdemokratie — im Gegensatz zum Liberalismus — stets als zuverlässigste Vertreterin aller freibürgerlichen Volkserfordernisse bewiesen hat. Die Sozialdemokratie hat Willkoren von Arbeitern, die die graue Autokratie des Kapitalismus stumpfen, freibürgerlichen, ihrer Würde bewußten Menschen gemacht, sie hat aus der Masse unabhängige hohe Persönlichkeitserreichte geschaffen. Alle die Dresdler, Schreiner, Schuhmacher, Bäcker, Bergarbeiter, die in der Arbeiterbewegung stehen, und deren persönliche Bedeutung auch von den Gegnern anerkannt werden muß, sie wären ohne die Sozialdemokratie auch heute nichts anderes als unpersonliche willenlose Stamen im Dienste des Kapitals!

Das Gerede von der sozialdemokratischen Freibürgerlichkeit ist eine Verlegenheitsphrase, die die Verweigerung den liberalen Rednern über die Lippen treibt. In die Enge getrieben, mit begündeten schweren Anklagen überhäuft, suchen sie sich zu retten, indem sie die ältesten verrottenen Waffen aus der Kumpfkammer des Wandelruderliberalismus hervorholen, jenes Liberalismus, der nach einem gefälligen Wort den Massen keine andere Freiheit gegeben hat als die, zu verhungern, wo und wie sie wollen.

Not ist Anrecht! Brot ist Freiheit! Der Kapitalismus knechtet die Menschen, indem er sie in Not stößt. Die Sozialdemokratie will sie befreien, indem er ihnen Brot gibt.

Der fünfundsingzigste entscheidende Grund, keinen Liberalen zu wählen, lautet also:

Der Liberalismus kommt für und gar nicht in Betracht, weil alle die Forderungen, die er zu vertreten vorgibt, von der Sozialdemokratie weit besser, rücksichtsloser und folgerichtiger vertreten werden.

Wir wählen nicht die liberale Partei, die Partei des Kapitals, sondern die einzige Partei der Freiheit, die es in Deutschland und der ganzen Welt gibt, die Partei der Arbeit,

die Sozialdemokratie!

Perlen.

Die Aufstellung Perlen wird von Russen und Engländern möglichst geräuschlos aber sicher vollzogen. In Tschern besaß laut nach einer Meldung der Asien. Sig. mit Bestimmtheit, daß der Spachdar mit russischer Erlaubnis die Nordprovinzen als Generalgouverneur erhält, die Reichsdiener mit englischer Bestätigung die Sübprovinzen, Perlen also tatsächlich geteilt wird, wenn es auch nach außen weiter bestritt. — Nach dem Neuzugriff Bureau wird der bisherige amerikanische Finanzratgeber der perischen Regierung, Schuster, Tschern am 11. d. Mts. verlassen. Einer der vier Perler, die in die neue Kommission des Schachams berufen waren, ist zurückgetreten.

China.

Die Verhandlungen zwischen den Revolutionären und der kaiserlichen Regierung haben sich jetzt vollständig zerfallen. Putung Sang hat an Huangfai telegraphisch, daß er sich auf weitere telegraphische Unterhandlungen zwischen Shanghai und Peking nicht mehr einlasse. Die revolutionären Führer hätten als Ort der Nationalversammlung Schanghai gewählt und wollen nichts davon wissen, daß Peking als Ort der Nationalversammlung bestimmt wird.

Rußland und die Mongolei. Newpor Spezial berichtet aus Peking, daß Rußland eine ganze Reihe von Forderungen an die chinesische Regierung gestellt habe, die darauf hinausgehen, die Mongolei „selbständig“ zu machen und unter den „Schutz“ Rußlands zu stellen. Rußland fordert, daß China keine Truppen mehr nach der Mongolei entsende und auch keine Auswanderungen von Chinesen nach der Ostmongolei gestattet. Rußland verlange außerdem das Recht für sich, Eisenbahnen zu bauen, zu besitzen und auszubetreiben. Die Verwaltung der Angelegenheiten der Mongolei solle in die Hände von Mongolen gelegt werden. Rußland gestatte lediglich einen chinesischen Oberkontrollleur.

Rußland scheint die Hilfslosigkeit der chinesischen Regierung dazu benutzen zu wollen, die Mongolei auf diese Weise nach und nach ganz in seinen Besitz zu bringen!

Das Blut des Volkes.

Der deutsch-französische Krieg von 1870-71 kostete auf deutscher Seite

28 300 Tote
88 500 Verwundete

Auf dem Schlachtfeld der Arbeit in Industrie und Landwirtschaft gab es von 1886-1909, also in 23 Jahren

172 300 Tote,
2 068 436 Verletzte.

Von 23 750 Unfällen im Reich, die in einem Jahre den Tod zur Folge haben, waren im Jahre 1909

9363 tödtliche Unfälle,

für die es als Betriebsunfälle Unfallrenten an die Hinterbliebenen gab.

So muß die Arbeiterklasse in Krieg und Frieden bluten. Ein heutiger Krieg würde unendlich viel mehr Tote und Verwundete fordern.

Und doch schrieb die freitonserbative Post im August 1910: „40 weitere Friedensjahre wären ein nationales Unglück für Deutschland“.

Woll, mache Front gegen die Kriegsbekler!

Wähle sozialdemokratisch!

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberlicht, Partei-nachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod. Lokales Wilhelm Hönen, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Pasparel, sämtlich in Halle.

Quittung.

Querfurt-Theodor. Vom Verband der Zimmerer Filiale Querfurt 10.-; Arbeiter Radfahrer-Verein 5.-; von A. F. Theodor 5.-; Kartell Querfurt 7,90 Mark. Franz Jähne.

Grosser Saison-

Räumungs-Ausverkauf.

Ca. 69 000 Meter Kleiderstoffe.

Besonders empfohlen:

- Ein Posten Damentuche kariert und gestreift, doppeltbreit, in soliden Farben 58 Pf.
- Ein Posten Plaid-Karos auf Körper und Foulé-Pond, hauptsächlich blau — grün kariert, doppeltbreit 60 Pf.
- Ein Posten wollene Blusen-Flanalle hell- u. dunkelgründig, grösser Muster-Auswahl 68 Pf.
- Ein Posten schwarze Stoffe glatte und genausterte Gewebe, doppeltbreit 68 Pf.
- Ein Posten Kostüm-Stoffe im englischen Geschmack, grosse Muster-Auswahl, 110-180 cm breit 90 Pf.
- Ein Posten Kammgarn-Diagonal prima reine Wolle, 110 cm breit 130 Pf.

Frack-Korsett aus gutem grauen Drell, mit 135 Stumpfhalter jetzt 2 00 M.
Directoire-Korsett aus gutem naturfarben. Drell jetzt 2 75 M.
Directoire-Korsett aus gut. naturfrh. Drell m. 90 Spiralfed. u. Stumpfhalter jetzt 2 M.

Ein grosser Posten

Altenburger Strick-Wolle
in allen Farben 53 Pf.
1/8 Pfund

Mufflon-Stolas in allen Farben jetzt 7,50 6,00 4,95 4 M.
Weisse Tibet-Stolas fein gelockt jetzt 6,75 6,50 4,50 3 M.
Nerz-Marmel-Stolas mit 4 Schweifen jetzt 19,00 16,50 11 M.

Ca. 14 500 Stück Konfektion.

Besonders empfohlen:

- Ein Posten Flausch-Jackets elegante flotte Passons, Neuheiten dieser Saison Wert 21,00 jetzt 8 50 M.
- Ein Posten farbige Paletots im englischen Geschmack, in allen Weiten, auch Backfisch-Größen jetzt 35,50 bis 3 25 M.
- Ein Posten blaue Paletots aus gutem Cheviot, mit grossem farbigen Kragen und Knopfgarnierung jetzt 12 75 M.
- Ein Posten Kostüme aus engl. melierten Wollstoffen und Posten auf Seide gearbeitet Wert 150,00 bis 19,50, jetzt 68,50 bis 7 50 M.
- Ein Posten Tüll-Blusen mit Spachtel-Einsätzen, ganz auf Seidenfutter Wert 55,00 bis 5,50, jetzt 25,00 bis 2 95 M.
- Ein Posten Wiener Hemd-Blusen aus gestreiften, reinen Futter Wert 9,00 bis 6,75, jetzt 3 95 M.

Obige Zahlen geben die Vorräte an, welche bei Beginn des Saison-Räumungs-Ausverkaufes demselben übergeben sind.

Damen-Kapotten aus Chenille oder Samt, jetzt 3,60 3,25 2,25 2,00 1 M.
Kinder-Kapotten Kaschmir, Tuch, Samt od. Eisbär, j. 125 110 85 75 65 50 Pf.

J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Knaben-Käppchen aus Samt oder Eisbärstoffen jetzt 50 25 Pf.
Kinder-Filz-Hüte garniert jetzt 1,25 75 45 15 Pf.

Nieder mit den Liberalen!

Sinnes mit den Schlepptägern der Reaktion!

Der Liberalismus ist die politische Ideologie des Kapitalismus. Was wirtschaftlich Kapitalismus heißt, das heißt politisch Liberalismus! Damit hat man auch den Schlüssel für das Verhalten des Liberalismus. Seit das liberale Bürgertum sich durch die Revolution von 1848 gesellschaftlichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben und die Politik errungen und ausgebreitet hatte, als unterdrückte Klasse der absolutistischen Regierungsbürokratie und dem Junkertum prinzipielle Opposition zu machen, seitdem hat sich der Liberalismus immer mehr nach rechts entwickelt. Junker und Regierung behielten politisch noch das Szepter in Händen, wirtschaftlich aber ließen sie dem liberalen Bürgertum Spielraum. Und als 1871 durch die Reichsgründung das ganze Gewicht der deutschen Einzelstaaten zu einem großen einheitlichen Ausbreitungsgebiet für den Kapitalismus umgestaltet wurde, da schwamm das liberale Bürgertum in Glück und Ehre. Immer größere Kreise des zu Gelde gekommenen liberalen Bürgerturns machten nach und nach ihren Frieden mit den Junkern und der Regierung. Vereinerlichung, Profitmacherei, kapitalistische Ausbeutung der Arbeitermassen, das allein wurde zum Streben des liberalen Bürgerturns. Dazu war jetzt die Bahn frei, und sprunghaft holte der Kapitalismus in Deutschland in Jahrzehnten nach, was in England und Frankreich Jahrhunderte erfordert hatte.

Kleingewerbe und Handwerk wurden vom liberalen Großkapital zu Boden konkurriert.

Der Großbetrieb mit Maschinen und Arbeiter wurde zur herrschenden Wirtschaftsform. Immer die Arbeitermassen brachte der Kapitalismus lebenslängliche Einspannung in das Joch der Lohnarbeit, unermessliche Überdehnung, vermehrte Gefahren für Leben und Gesundheit, Unruhe, die Exzesse und Not und Elend. Sie wollten sich lösen aus dem Liberalismus, dem sie bis dahin politisch angeschlossen hatten, immer mehr ab und suchten sich andere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. So entstanden die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, so entwickelte sich der

Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Aber je mehr sich diese Gegensätze immer enger aufzählten, und verschärften, je mehr miteinander sich die alten Gegensätze zwischen Junkerklasse und Kapitalistenklasse, je mehr wurden die Junker kapitalistisch interessiert und die Kapitalisten junkerlich. Die Junker des Kapitalismus haben immer mehr in der Junkerklasse und in der von ihr politisch beherrschten Einheitsgewalt die stärksten Stützen für die Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutungs- wirtschaft gegenüber der Arbeiterklasse. Die Junkerklasse wiederum wußte die ungeheuren Vereinerlichungsmaßnahmen, die der Kapitalismus brachte, für sich nutzbar zu machen und auf Kosten des arbeitenden Volkes ein Herrenbain zu führen.

So schloß das gemeinsame Interesse gegen die aufstrebende Arbeiterklasse

die Junker- und Kapitalistenklasse immer enger aufzählten, und heute sind sie bereits so intim verwandt und verschwägert, daß sie sich nicht mehr ernstlich bekämpfen können. Daher begann aus dem liberalen Lager von Anfang der sechziger Jahre an ein **Umarsch der kapitalistisch gewordenen Bürgerkreise nach rechts.**

Zunächst schwenkten die Nationalliberalen als Vertreter des industriellen Großkapitals in das Lager der Regierung ab. Sie wurden schließlich die schärfsten Förderer und Nutznießer der kapitalistisch-junkerlichen Ausbeutungspolitik und gannen Oester der aufstrebenden Arbeiterbewegung. Das liberale Mittel- und Kleinbürgerturn, das sich freisinnig und fortschrittlich nannte, blieb zunächst noch in einer gewissen Oppositionsstellung gegen die großkapitalistische und junkerliche Politik. Aber im Laufe der letzten Jahrzehnte ist auch

dem Freisinn das oppositionelle Rückgrat immer mehr verloren gegangen.

Er hat sich oft gespalten, wieder vereinigt, wieder gespalten und nochmals geeinigt, und bei diesem fortgesetzten Däumlingsprozeß ist er immer reaktionärer geworden, besonders in den letzten Jahren.

Die neue deutsche Welt- und Kolonialpolitik eröffnet dem liberalen deutschen Bürgerkreise neue schwindende Hoffnungen auf mehrjährige Vereinerlichungsmaßnahmen. In Ost- und Westafrika, in Marokko, in Ostafrika, in Kleinasien und Persien, kurz überall, wo der Kapitalismus daran geht, bisher unerschlossene Länder mit seiner Manufaktur zu beglücken, da darf der deutsche Kapitalist jetzt dabei sein und Mißvergnügen in seine Taschen stecken. Diese Aussicht hat selbst die Kreise des kleinen Industriekapitals, besonders aber

das Handels- und das Bankkapital

bezoogen. Als ihnen in der Person Dernburgs dann noch ein Kongressschatz gemacht und einer der höchsten zum Kolonialminister ernannt worden war, da schwenkten die Fortschrittliberalen mit Fieber und Trampeln ins derartigste **Wilde-Wild.** Die Weltpolitik, die Imperialismus mit seinen immensen Vereinerlichungsmaßnahmen auf der einen Seite, das immer stärkere Wachstum der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf der anderen Seite, also kapitalistische Oer und Angst vor dem Proletariat, das waren für die Fortschrittliberalen die tiefsten Gründe für ihr Eintreten in den **Wilde-Wild.** Einmal auf der tiefsten Ebene, gab es dann für den Sozialliberalismus kein Halten mehr. Er kam immer tiefer hinab in den

Camp; politischer Grundlosigkeit und kapitalistischer Geschäftspolitik.

Im **Wilde-Wild** ist vom Freisinn ein Grundab nach dem anderen preisgegeben worden. Er hat dem Vereinigtes mit seinen lautihaftigen Begriffsbestimmungen seine Zustimmung gegeben und dabei dem Sprachenverbot gegen die Polen und der Ausschließung der Jugendlichen aus dem politischen Leben zugestimmt. Er hat das **Majestätsbeleidigungsgesetz** zu einem Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie gehalten helfen. Und wie immer noch hat er sich nicht bei der preussischen Wahlreform benommen!

Der Liberalismus schwärmt heute für Mittel-, Flotte und Kolonien.

für die ganze neubedeutete Weltmachtspolitik. Er hat sich schließlich völlig auf den reaktionären Boden gestellt, dessen Vernichtung seine geschichtliche Aufgabe hätte sein müssen. In trennt heute in den wichtigsten Fragen der deutschen Politik prinzipiell nicht mehr von den Junkern und deren Gefolge von Christlichsozialen und Ultramontanen. Die Zerstümmung des **Wilde-Wilds** ist nur ein momentaner Rückschlag, der bald überwunden sein wird, wenn die kapitalistischen Kreise im Fortschritt weiter die Oberhand behalten.

Bei den Reichstagswahlen haben die Fortschrittler jetzt überall Ansehen nach rechts gesucht.

Die Rechtschwengung des Fortschritts

wird am besten klar, wenn man vergeht, welche Stellung er in seinen Jugendjahren zu den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen eingenommen hat und wie er sich heute zu ihnen stellt.

In seinen Jugendjahren forderte der Liberalismus die Abschaffung der Monarchie und deren Ersetzung durch die Republik. Heute sieht er in der Monarchie eine wichtige Stütze der kapitalistischen Klassenherrschaft und sucht es Junkern und Aristokraten an Vortantieren und bösser Kriecherei gleichzutun; sein „Männerhohr vor Fürstenthronen“ ist reiflos verfloren. Das zeigte er besonders drastisch, als er im preussischen Wahlkreise die Erhöhung der königlichen Beihilfe von 16% auf 18% Millionen März jährlich im Kurra mitbewilligen half, während im Reich gleichzeitig sein Reich vorhanden war für die ammen Kriegsgesetzten und zur Erhöhung der Soldatenabnahme von 22 auf 30 1/2 Pro. des.

Die Trennung von Staat und Kirche und die Trennung von Schule und Kirche hat der Liberalismus früher mit Nachdruck propagiert. Heute geht er schon um diese Frage herum.

Die Verfassungsfrage einmal grundsätzlich aufgearollt, bezweckten der Liberalismus heute sehr ängstlich, und doch hängt davon die Demokratisierung unseres ganzen politischen Lebens ab. Der Liberalismus will gar kein konstitutionell-parlamentarisches Regierungssystem mehr, weil er Angst hat, es würde nur der Sozialdemokratie nützen. Als im Herbst 1908 die Sozialdemokratie im Reichstage ein Minister- und Kantsler-Verantwortlichkeitsgesetz beantragte und die Mitbestimmung des Reichstags über Krieg und Frieden forderte, da stimmten die Liberalen samt und sonders dagegen!

Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht

fordern die Freisinnigen heute nur noch platonisch. In den Einzelanfragen und in den Gemeinden haben sie sich seit je gekürzt, es einzuführen. In Bayern und Baden konnte es nur in hartem Kampfe gegen sie durchgesetzt werden, und in Preußen haben sie in den sechziger Jahren, als sie die Mehrheit im Landtage hatten, sich nicht gekürzt, es zu beschließen. In Lübeck, Bremen und Hamburg haben sie sozialdemokratische Anträge, es einzuführen, noch in den letzten Jahren abgelehnt. Aus ihrem neuen Programm haben sie es als

Forderung für die Gemeinde von vornherein fortgelassen.

Aus Angst vor der Sozialdemokratie haben sie in Schleswig-Holstein niefach den Wahlsinn erhöht und in Rixdorf und anderen Orten die Dreifachstimmeneilung zugunsten der Sozialdemokratie geändert. Wie oft hat man nicht gesehen, daß sie sozialdemokratische Anträge, auch den Besten der unteren Stufen das Wahlrecht zu gewähren, abgelehnt haben! Wer aber in der Gemeinde kein gleiches und allgemeines Wahlrecht will, der ist auch in Staat und Reich nicht sein guterwünschter Freund.

Das Frauenwahlrecht fehlt gleichfalls im neuen Fortschrittsprogramm, weil die Fortschrittler den Frauen keine politische Gleichberechtigung zugestehen moen.

In Militärfragen waren die Freisinnigen früher Gegner des besondern Gesetzes und Abhängen des Militärverwes. Heute sind sie militärferrom geworden und bekämpfen den Gedanken der Volksmiliz. Sie sehen im besondern Oer eben ein Volkswert gegen den Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ende der sechziger Jahre forderten sie noch die jährliche Befestigung der Heeresstärke, 1887 bewilligten sie schon die dreijährige Befestigung, und 1910 schloßten sie lautlos die fünfjährige Bindung. Am November 1908 stimmten alle Freisinnigen, mit Ausnahme Raumanns, gegen den sozialdemokratischen Abrüstungsantrag.

In der Flotten- und Kolonialpolitik.

zahlen die Fortschrittler zu den ärgsten Phantasten und Bindungslosten Befürwortern!

In den Fragen der Zoll- und Wirtschaftspolitik sind die Freisinnigen nicht minder unglückliche Kantoniellen geworden. Verschlebung von ihnen, die Kroll und Seimbürger, haben sich bereits zum „gemäßigten Schußpol“ bekannt, und im neuen Fortschrittsprogramm wird nur noch eine „schrittweise Herabsetzung“, aber keine Befestigung der Lebensmittelpreise gefordert. Indirekte Steuern zu bewilligen, sind sie heute wie 1909 bereit, wenn ihnen nur ermöglicht wird, als Feigenblatt zum Verdecken ihrer Schwärze ein paar Millionen direkte Steuern dabeihen mitzubewilligen.

Der Sozialpolitik haben die Freisinnigen selber einen völlig ablehnenden Standpunkt eingenommen. Selbst die die Arbeiter als Wähler in immer härteren Grade verloren haben, suchen sie jetzt — genau wie die Junker und das Zentrum — durch ihre Zustimmung zu allem sozialreformistischen Blödsinn und Stillschweigen die Arbeiter — allerdings vergebens — zurückzugewinnen.

So zeigt sich Punkt für Punkt, daß der Liberalismus alle seine früheren Ansichten über Bord geworfen hat und zu den eifrigsten Förderern der junkerlich-kapitalistischen Reichspolitik geworden ist.

Ein Arbeiter handelt gegen seine eigenen Interessen, wenn er einen Fortschrittler, oder Nationalliberalen wählt. Aber auch der Freund eines wirklichen Fortschritts, der Freund des Friedens und der Volkrechte kann seinem Liberalen keine Stimme geben. Der Liberalismus hat zum Grundprinzip: Fortsetzung des Systems der Politik der Volkentreue und Volksausplünderung. Er will höchstens die Form ändern, aber am System kapitalistischer Politik nicht rütteln lassen.

Nieder mit den Liberalen!

Vom Wahlkampfe.

Die Stichwahlen sind am 22. Januar.

Die Bundesregierungen haben sich nach offiziellen Meldungen in ihre großen Mehrheiten dahin verständigt, die Stichwahlen zum Reichstage am 22. Januar anzubekommen. Unter diesen Umständen wird es möglich, die Einberufung des Reichstags früher, als ursprünglich angenommen war, anzusehen, so daß damit zu rechnen ist, daß der Reichstag schon am 6. Februar, nicht wie bisher angenommen, erst am 13. Februar zusammentreten wird.

Die Volkentreue durch die Wahlkreiserteilung.

Die empfindliche Entziehung des Volkes, wie sie sich durch die absichtliche Unterlassung der Neueinteilung der Wahlkreise herausgebildet hat, wird soeben wieder durch eine Studie von Ab. Bod mit wissenschaftlicher Schärfe erwiefen. Die landwirtschaftlichen Wahlkreise haben nach ihrer Bevölkerung im Durchschnitt nur ein Anrecht auf 0,71 Abgeordnete, die gemischten Kreise auf 0,78 und die gewerblich-industriellen auf 1,27 Abgeordnete. Das ergibt für die 109 landwirtschaftlichen Kreise 76, für die 100 gemischten Kreise 78 und für die 194 gewerblich-industriellen Kreise 248 Abgeordnete! Die gewerblich-industrielle Bevölkerung hat also 52 Vertreter zu wenig im Reichstage, die landwirtschaftliche 80 zu viel und die gemischten Kreise 22 zu viel.

Und das heißt man: gleiches Wahlrecht. In Wahrheit müßte die Aufhebung dieses agrarischen Pluralwahlrechts die erste Tat des neuen Reichstags sein. Nur die Entziehung der Volksmehrheit ermöglicht den Bollwerk, die Grenzhexe und die ganze Feuerpolitik. Um so nötiger ist es, dafür zu sorgen, daß in den städtischen und industriellen Kreisen seiner gewöhnt wird, der irgendwie der Hineinlegung zur Bürgerpolitik verdrängbar ist.

Deutschland — die höchste Demokratie.

Der Vorrede des Bundes der Landwirte, Freiherr von Angenheime, erklärte auf der Provinzialversammlung in Breslau:

„Sehr richtig hat einst der Abg. v. Oldenburg bemerkt, die städtischen Kreise konnten sich nur deswegen den Augen ihrer demokratischen Tendenzen erlauben, weil das Parteifeld nicht demokratische Kräfte im Falle der Gefahr die Krone ihrer Kräfte mit den Dajonetten schätzen könnte. Es gibt eine äußerliche Grenze in der Demokratisierung eines Staates, über die man nicht hinausgehen darf, und an dieser Grenze sind wir hartnäckig angefangen. Das siddertische Staaten die Sozialdemokratie für regierungsfähig halten, ist im höchsten Sinne bedenklich und widerfönnig. (Beifall der Versammlung.)“

Es wird alle Kräfte interessieren, daß wir nach konventioneller Auffassung schon an der Grenze der Volkstrennung angelangt sind. Da aber Sildwestfalen in der Demokratisierung weitere Fortschritte machen wird, so ist es Zeit für Kräfte, daß es sein herrliches Dreifachwahlrecht nach wärts reibiert. Die wackelnden Träger der preussischen Dajonette werden dann mit Entschiedenheit gegen die siddertische Politik marschieren.

Nieder mit der Junkerherrschaft!

„Imso schimmer!“

Die Angst vor der steigenden roten Flut preßt einem der bewährtesten Echarfmadertorgane, den Hamburger Nachrichten, diesen komischen Botschaft aus:

Die Sozialdemokratie wählt mit allen Mitteln und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln liberal und selbst in solchen Wahlkreisen, wo sie wenig Aussicht zu haben scheint. Zwar hat die bürgerliche Presse diesmal weniger als sonst über Ergebnisse der sozialdemokratischen Wahlpropaganda zu berichten, aber das ist um so schlimmer. „Weniger als sonst“ würde noch richtiger heißen: „wenig wie jemals.“ Aber dann kommt es nicht an, daß

Donnerstag den 11. Januar 1912 abends 8 Uhr

finden in folgenden Lokalen der Stadt nochmals

Öffentliche Versammlungen

statt: Im Volkspark, großer Saal, Burgstraße; in den Glauchaer Ballfälen, großer Saal, Lerchenfeldstraße; im Letzten Dreier, Merseburgerstraße.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Reichstagswähler vor der Entscheidung.

Referenten zu den Versammlungen sind die Genossen: Redakteur Karl Vock, Halle a. S., Redakteur Paul Hennig, Halle, und Genossin Louise Zieg vom Parteivorstand, Berlin.

Freie Diskussion!

Freie Diskussion!

Einen recht zahlreichen Besuch zu den Versammlungen, als die der letzten vor dem Wahltag, erwartet

Sozialdemokratie begeht keine Exzesse, das finden die Scharfmacher „um so schlimmer“. Die Niedertracht der Roten übersteigt wahrhaftig alle Grenzen: sie sind sogar so gemein, sich innerhalb der Schranken der Gehege zu halten, den Kampflust mit geistigen Mitteln zu führen. Steine und Revolver als Wahlwaffen aber den Schwärzblauen zu überlassen. Um so schlimmer, denken die Scharfmacher, dagegen muß endlich etwas geschehen.

Vordrucken heraus!

Der „Fortschritt“ haßt das Koalitionsrecht!

In Worten preist er es und spielt sich als Hüter desselben auf; in Wirklichkeit haßt er es und tritt es mit Füßen! Beweis: In der Reichstags-Sitzung vom 13. November 1911, als die sozialdemokratische Interpellation über die Maßregelung von Eisenbahnern im Einfluß zur Debatte stand, erklärte der Führer der Fortschrittler, Abg. Dr. Müller, Reiningen:

„Einmütig ist meine Fraktion der Ansicht, daß ein Streikrecht der Eisenbahner nicht anerkannt werden kann.“

Das bedeutet in der Praxis nichts anderes, als die völlige Freigabe des Koalitionsrechts der Eisenbahner. Denn ein Koalitionsrecht, dem als äußerster Mittel nicht ein Streikrecht zu Gebote steht, ist wertlos, ist ein Messer ohne Klinge und ohne Griff.

Das der „Fortschritt“ heute den Eisenbahnern verweigert, verweigert er morgen den Straßenbahnern, übermorgen den Transportarbeitern, nächste Woche den Baubeschäftigten und in 14 Tagen den Bergarbeitern. Das heißt: wenn er die Macht hätte!

Wählt keinen freisinnigen Feind des Vereinigungsrechtes!

Geheime Revolutionspläne der Sozialdemokratie werden von der Deutschen Tageszeitung glücklicherweise gerade noch rechtzeitig zur Verlesung der Wähler aufgedeckt. Aus Wien läßt sie sich telegraphieren, daß der Berliner Berichtserichter des christlich-sozialen Deutschen Volksblattes folgendes berichtet:

Die Vorbereitungen werden bereits jetzt getroffen, um das deutsche Volk in eine Revolutionsperiode hineinzutreiben. ... „Wir müssen russisch kommen!“ wurde unlängst in einer Sitzung des Parteivorstandes geäußert.

Da der Berichtserichter des Wiener Deutschen Volksblattes bei den Sitzungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes regelmäßig zur Verlesung dieses schändlichen Mannes natürlich nicht im mindesten zu zweifeln. Und daß kein Mensch mehr, der die Deutsche Tageszeitung als sein Organium ehrt, sozialdemokratisch wählen kann, ist klar.

Wände rettet, indem sie durch ihre Gesinnung die Anknüpfung der Waller verriet, das römische Kapitol. Zur Rettung des preußisch-deutschen Staatsvertrages vor dem Umsturz genügen Enten.

„Sonst gibt's keine Rettung!“

Oertels Hebelnute gegen die Agrarier. Auf einer Agrariertagung in Breslau, die öfter durch Feindstrecken gelangt unterbrochen wurde, sang Chefredakteur Dr. Oertels Berlin (in der Kreife Brieg fanibisiert):

Das sind die alten Worte: Die Drogen in die Högel Ich kenne kein anderes Heilmittel für alle Schäden der Welt, der Gegenwart und der Zukunft, als das lebendige Christentum, das den ganzen Menschen paßt, das die Hände öffnet, das die Seele umwandelt, das den Raden rettet, wenn es kein muß auch gegen die Mächtigen dieser Erde (Zunfirtros, Agrarierherrschafft), das keine Gesundheitsgefahr ergibt aus den Strahlen in die Höhe, in die Häuser, in die Schulen, an alle Stätten, wo die Obrigkeit walten. Der gewaltige Heilgedanke muß wieder lebendig werden in unserem Volksleben, in unserem Staatsleben. Sonst gibt's keine Rettung!

Wach ein Christ! Nur leider paßt im heutigen Preußen nicht das Christentum, sondern die Polizei den ganzen Menschen, und geöffnet hat das Christentum der Agrarier weniger

deren Hände — als unsere Taschen! Und dieser „Heilgedanke“ wird sich offensichtlich am 12. Januar auch dort ereignen, wo die Obrigkeit der justizförmlichen Wahlvorsteher über den Suppenterrinen waltet. Sonst, liebe Deutsche gibt's wirklich keine Rettung vor dem neudeutschen Raubrittertum!

Helf! Heydebrand in größter Gefahr!

In Klein-Fachunawe ist schändlich Wetter. Im Bundesrats Reichstagsmandat listet's klar. Aus Mittelfach-Fachunawe wurde an einen Schwärzblauer nach Berlin telegraphiert: „Mittelfach-Fachunawe in größter Gefahr. Sofort abreisen!“ Und der Empfang durch eine Mittelfacher Versammlung bestimmte den kleinen großen Mann zu der Ausrufung, er sehe schon, es gebe in Mittelfach, wo er acht Jahre Landrat gewesen sei, „auch“ schon Nationalliberale. — Also hat selbst Landrat und König Heydebrand das Vorbringen der Revolution (dafür gelten die Nationalliberalen im Osten) nicht aufhalten können. Er ist schrecklich!

Die „Landesverräter“.

„Eine spätere Zeit erst wird die Verdienste der Sozialdemokratie um die internationale Annäherung der Völker besser zu würdigen wissen, als es die Gegenwart vermag. Der Auf „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ hat wahrlich keine geringe Bedeutung.“

(Der Waburger Gesamtredaktionschef Professor Walter Schädling in einem 1909 erschienenen Werke.)

Die Frauen müssen helfen!

Frauen, um eure Sache handelt es sich!

Der große Tag der Abrechnung, der 12. Januar, ist herangekommen. Und die Frauen als die doppelt Interessierten wollen und dürfen nicht tatenlos beiseite stehen, sondern sie müssen ihre ganze Persönlichkeit einsetzen, um den Wahltag zu einem glänzenden Siegestag der Sozialdemokratie gestalten zu helfen.

Vom Ausfall der Wahl hängt es ab, wie in den nächsten Jahren die Politik des Reiches gestaltet wird. Gar vieles ist es, das der grundsätzlichen Umgestaltung bedarf, und daneben gilt es, vorhandene Rechte gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen, vorerhaltene Rechte zu erobern.

Die Zahl der Frauen, die Klar erkennen, wie sehr ihr persönliches und ihr Klasseninteresse von allen Maßnahmen der Politik berührt und beeinflusst wird, und die deshalb nach politischer Betätigung drängen, ist erfreulicherweise in den letzten Jahren stark gewachsen. Wie konnte es auch anders sein? Greift doch die Politik grau und brutal in ihr Leben, um sie

als Hausfrau und Mutter

nicht weniger denn als Arbeiterin schwer zu treffen: Wenn die bürgerlichen Parteien gegenwärtig nicht zufrieden mit den gewaltigen Rüttlungen zu Wasser und zu Lande, nach einer neuen großen Fiktionsvorlage, nach weiterer Verhärtung des Landheeres streiten, so weiß die Proletarierin, daß eine solche Politik die nimmerwärdigende Kriegsgefahr stark vermehrt. Sie weiß, daß der Ausbruch eines Krieges ihr und den Ihrigen schwer unerträgliches Opfer zumutet. Opfer nicht nur an Gut, sondern auch an Blut, an Menschenleben. Proletarierinnen sind es, deren Geheime in den Sanftmütigen Schwelmertränken liegen oder in den Simpfen Chinas modern. Und Proletarierinnen würden es wiederum in der Hauptphase sein, die mit ihrem Herzblut das Schlachtfeld im Falle eines Krieges düngen müßten.

Die Proletarierin weiß aber weiter, daß die Politik der Rüttlungen und Erhebungen ihr auch in Friedenszeiten immer unerträglich werdende Lasten an

indirekten Steuern und Zöllen

aufbürdet, unter denen die minderbemittelte Bevölkerung fast zusammenbricht. Wird uns doch gegenwärtig bereits das Kilo Brot um 6-6½ Pf. verteuert, das Kilo Fleisch um 35 Pf. in-

folge der agrarischen Zoll- und Grenzpolitik. Ferner sei daran erinnert, daß Butter und Margarine 30 Pf., Käse 15 Pf., Mehl 11 Pf. Zoll tragen, Petroleum 6 Pf. pro Liter, der Salzberg 1½ Pf. Kaffee 60-80 Pf. pro Kilo, Tee 1 Mk. ufm. Dazu kommen die vielen indirekten Steuern, z. B. Salz trägt 12 Pf. indirekte Steuern pro Kilo, Zucker 14 Pf., das Paket Zündhölzer 15 Pf. Bier, Wein, Tabak und viel anderes mehr ist gleichfalls hoch besteuert.

Wenn die

Frau als Finanzminister der Familie

wieder und wieder überrechnen muß, wie sie die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang bringen soll, wie es anfangen, hier zu knapsen und dort, um keine Schulden zu machen, dann wird ihr die Erkenntnis eingebracht: Die Politik ist es, die die arbeitenden und minderbemittelten Schichten geradezu ausraubt, ihre Lebenshaltung herabdrückt, in der Folge ihrer Gesundheit schadet, Siedtum und Annelidität überfrühtig über sie hereintrudeln läßt. Ihre Enttötterung überfrühtig Politik, die die Jüngen zum Entehren verdammt, während sie den

Großgrundbesitzern und Großindustriellen die Taschen füllt,

wird um so größer werden, wenn wohl gar noch ihre Riesen, ihre Kinder, hungern müssen. Würde doch im Jahre 1908 durch eine Erhebung des Vereins für Volkswohlfahrt festgestellt, daß in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern 23 000 Kinder im Sommer und 36 000 Kinder im Winter morgens, nüchtern und ohne Frühstücksbrot in die Schule kommen, und 179 000 außerdem kein warmes Mittagbrot hatten. Diese Zahlen enthalten eine

furchtbare Anklage gegen unsere herrschenden Klassen, die sich probenhaft mit ihrem Reichtum brüsten, während vieltausend Kinder hungern müssen. Wie muß das Herz der Mutter bluten, das mit allumfassender Mutterliebe für ihre Kleinen schlägt, wenn sie nicht einmal den Hunger von ihnen fernzuhalten vermag, weil ihre Arbeitkraft ausgebeutet wird und weil die Politik sie vollends auswuchert.

Wenn aber die

Arbeiter und Arbeiterinnen sich zusammenschließen, um im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe sich zur Wehr zu setzen gegen diese doppelte Ausraubung, dann werden die organisierten Nachmittage des Staates: Polizei, Militär und die Justiz gegen sie mobil gemacht; dann muß man in der Praxis und durch die Gefeggebung ihnen Vereins- und Streikrecht zu rauben, ihnen das demokratische Wahlrecht als notwendige Waffe in diesem Kampfe vorzuenthalten. Wirtschaftliche und politische Ausbeutung gehen überall Hand in Hand mit sozialer und politischer Entrechtung. Dagegen gilt es den Kampf, und können die Proletarierinnen auch nicht mit der Waffe des Wahlrechts an diesem Kampfe teilnehmen, können sie nicht wöhnen, so können sie doch Wähler werden. Sie können durch ihre lebhafteste Agitations- und Werberarbeit dem Kampfe neue, frische Impulse geben, und das sollen und wollen sie.

Gegen Ausbeutung und Entrechtung:

Für Freiheit und Brot!

Das sei die Parole, unter der die Frauen sich am Wahlkampfe betätigen und so dazu beitragen, daß er zu einem glänzenden Referendum der proletarischen Männer und Frauen zum Sozialismus werde.

Legt selbst mit Hand an, ihr Frauen! Rüttelt alle

Indifferenten an! Peitscht die Männer an!

Vorwärts zum Sieg des Volkes am 12. Januar.

Ich habe doch alle Achtung vor dieser Kraft, die die Sozialdemokratische Partei entwickelt, ich habe alle Achtung vor den großartigen Opfern, die sie bringt! Darin liegt doch ein stiftlicher Zug, der mir eine Verbeugung zu sein scheint für die Zukunft.

Gouverneur Dr. König (Witten) auf der sechsen ordentlichen Generalynode (Nov. 1909).

Halle und Saalkreis.

Seite 6, am 10. Januar 1912.

Gewerkschaftsbureau am 6. Tage geschlossen.

Das Arbeitersekretariat ist am Montage - 12. Januar - den ganzen Tag geschlossen. Ebenso sind die Org. 42/43 des Gewerkschaftsbureaus der Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter an dem genannten Tage geschlossen. Auch die Bureau des Verbandes der Bauarbeiter, der Maler und der Bäcker und Konditoren, Hauptstraße 7, sind an diesem Tage geschlossen.

„Eidbruch bleibt Eidbruch!“

Einjahren der Beamten

Den bürgerlichen Parteien steht das Wasser bis zum Hals - sie fürchten zu ertrinken. In ihrer Rat sollen die Beamten helfen. Beamten, du hast einen „Dienst“ geschworen, also hast du uns zu wählen. So werden die Beamten angeberstelt. Die Kundgebung der Beamtenvereine, über die in dem Artikel dieser Nummer: Die Beamten haben Beschränkungen, notwendig gesagt ist, wird auch schon in Halle als „Lügengeschichte“ bezeichnet. Die Konventionen und Liberalen sind gleichzeitige Mäntel und laufen einander in der Fingigkeit den Rang ab. Nicht wegen des Parteiprogramms der konservativ-liberalen Parteien: sollen die Beamten „national“ stimmen, auch nicht wegen der Taten jener Parteien - die waren bisher immer nur freundlich für die oberen, feindselig gegen die unteren Beamten - „nein, die Beamten sollen „patriotisch“ wählen, weil sie „einen Dienst geschworen!“ Das ist die letzte Rettung. Schade, daß man nicht auch die Arbeiter einen „Dienst“ schwören lassen kann, dann wäre in die Sozialdemokratie mit einem Knack aus der Welt ge- „schworen.“

Es ist aber unerhört, daß sich die Beamten mit ihrem „Eidbruch“ flüchten auch an die Arbeiter in den Staatsbetrieben wenden! Diese ganze Regierungsgattung, die sich die oberen Beamtenführer mitbrauchen lassen, ist ein Attentat gegen die Verfassung, ein Attentat gegen das freie Wahlrecht der Beamten und Staatsarbeiter, das durch die Verfassung garantiert ist. Es ist eine nichtwichtige Angelegenheit, daß der Beamte dem Staat mit seiner Arbeitskraft zugleich seine Befähigung, sein wichtigstes Staatsbürgerrecht verkauft habe. Nein, der Beamte und Staatsarbeiter ist ein Staatsbürger, er hat ein Wahlrecht, er hat das volle Recht auf die Freiheit seiner Stimme, er hat das gleiche Recht auf andere deutsche Bürger.

Es ist nicht wahr, daß der Dienst im in der Verfassung seiner politischen Befähigung entzogen ist. Jeder Sozialdemokrat ist der Überzeugung, daß seine Partei nichts will als das Gemeinwohl, als das wahre Interesse des deutschen Volkes, das nur durch den Sieg der Arbeiterklasse, durch die Eroberung der Staatsmacht durch das arbeitende Volk zur völligen Durchsetzung kommen kann. Es ist nicht wahr, daß der Beamte und Staatsangestellte ein Kredit des Herrn v. Bethmann oder seiner Ratgeber, der Junker und Pfaffen ist. Er ist ein Diener des deutschen Volkes und sein Dienst kann ihn hindern, nach seiner Überzeugung in sein politisches Recht auszuüben und für die Partei zu stimmen, die weitaus die größte Partei die wahrste Sozialpartei ist für die Partei, die rücksichtslos die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen das Kapital wie gegen die Staatsmacht weisend hat.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die für die politischen Rechte und die politische Freiheit der Beamten eingetreten ist! Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die für die wirtschaftliche Bedingung der Unterbeamten und Arbeiter grundsätzlich kämpft.

Das sind seine bloßen Worte, sondern Tatsachen! Und weil das die bürgerlichen Parteien wissen, deshalb der Gift nach dem Strohhalm: „der Beamte schwört den Dienst.“

Die Unterbeamten und Arbeiter werden sich von ihren Oberen nicht losmachen lassen, sondern nach ihrer Überzeugung, nach ihrem politischen und wirtschaftlichen Interesse wählen!

Die Wahl ist geheim!

Wahl und Genossen sind Gewerkschaftsfeinde.

Die fortschrittlichen Wähler setzen fortgesetzt in ihren Wahlvereinsammlungen gegen die Gewerkschaften und ihren angeblichen Zerkentismus. Die Saaleleute unterstützen - wie immer - nachdrücklich dieses arbeiterfeindliche Treiben. Dabei ist ihr in übertriebenem Maße jetzt das tragikomische Mißgeschick passiert, daß sie ein Dokument abdrucken, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß die freien Gewerkschaften sich energisch gegen Zerkentismus aussprechen und die Mitglieder ermahnen, sich zu keiner Vergewaltigung hinsetzen zu lassen. Die Saaleleitung drückt ab, wie der Grundstein, das Organ des Bauarbeiterverbandes, u. a. erklärt:

Vergewaltigungen christlich organisierter Berufsvereine gutzuheißen oder auch nur zu entschuldigen, müssen wir aus Gründen der Humanität und aus wohlvernommenem Organisationsinteresse weit von uns weisen. Wir bitten unsere Mitglieder dringend, sich solcher durchaus verkehrter Agitationsmethoden nicht zu bedienen. . . es sollte doch möglich sein, allmählich die gänzlich Kusmerzung solcher Vergewaltigungen zu erreichen. Sollte wenigstens möglich sein zwischen den Angehörigen zweier Organisationen, die doch schon mehr als einmal zusammengelassen haben, um Anschläge des gemeinsamen Gegners abzuwehren und neue Wüter zu erziehen. Wie wir wollen zu unserer Zeit leben.

Wir diesem ausdrücklichen Bekenntnis zur friedlichen Bräutlichkeit und Kollegialität, weiß die Saaleleute nichts anderes anzufangen, als dazu zu sagen, es sei „ein Witz“, der zur Bekämpfung der sozialdemokratischen „Witläufer“ gerade noch zur rechten Zeit kommt!

O, heilige Einsicht! Genieß, liebe Leute, zur Belehrung wird die Besessenen sich sicher beitragen. Es wird sich nämlich jeder verständliche Saaleleut-Verer jetzt sagen: Da sieht man doch deutlich, daß die Gewerkschaften keinen Zerkentismus üben, daß sie ihn sogar öffentlich schon bestritten, und zu friedlicher Kollegialität mahnen; dann ist also das bis herige Zerkentismusgeflüster der Saaleleitung Schwindel und blauer Dunst gewesen. So wird jeder verständliche Leser ganz naturgemäß denken. Wir quittieren dankend für diese Aufklärung!

Eingezugenes ist aber noch, daß die liberale Zeitung sich nie gekümmert hat, in der gemeint, ja in der blutigen Weise den Zerkentismus, den Schreden, den Streikbrecher und ähnliches Volk ausblenden, zu verteidigen oder gar den Gewerkschaften auszugeben. Wir erinnern nur daran, wie in Ammendorf der liberalen Tisch-Durchführer Arbeiter in einen Werk sozialdemokratischer Gewerkschaften umgelenkt wurde. Dieser

Fortschrittsschwindel ist sogar gerichtlich entlarvt worden. Wir erinnern daran, wie Saaleleitung und Allgemeine über die Vorgänge beim Streik auf der Zementfabrik in Nietleben in Haus- und Werdgeschichten verbreiteten, wobei sich nachher herausstellte, daß Streikbrecher, Schlichter der Fortschrittler, die Krawall- und Schießereien waren, durch die der Ort 14 Tage lang direkt lebensgefährlich gemacht wurde!

Das der Fortschrittsschwindel Pfauisch mit dieser Seite gegen das Koalitionsrecht durchaus einverstanden ist, hat sein Verhalten anlässlich der Steinzeugausstellung gezeigt. Für diesen elementaren, 21 Wochen dauernden Kampf um das Koalitionsrecht hatte der Fortschrittsschwindel nicht eine Spur von Verständnis. Er stimmte alle, auch die bescheidenen Arbeiterwünsche, die Stadt sollte die Arbeiter nicht extra noch zurückhalten, rücksichtslos mit nieder. Der Mann hat sich nicht im geringsten um die Wichtigkeit der Forderung gekümmert; er hat auch nicht einmal im Traum versucht, sich in den Sinn der Arbeiterforderung, um die die 21 Wochen Hungerausstellung ertragen wurde, hineinzudenken. Was versteht überhaupt so einer von Koalitionsrecht und Ausstellungen, Arbeiter und Familienknecht!

Ausstellungen sind für die Arbeiter wie für Pfauisch und Konjunktur seine Zerkentismusfälle, keine Greuelstaten. Im Gegenteil! Noch schlimmer wie es jetzt schon ist, sollen diese Jubiläen ausgenutzt werden. Das ist einseitiger Wille von Schräder bis Pfauisch. Hat doch das Pfauischblatt, die Saaleleitung, sich bereits in dem Unternehmen ergeben, daß sie extra für sie heranzüchtete, wie man die Wähler des Koalitionsrechts, die Streikposten, am besten beseitigt. Mit dieser, fetter Lieberfrucht brachte das Pfauischblatt einen Artikel: Wie beseitigt man Streikposten. In dem Artikel wurde sein äußerlich auseinandergesetzt, daß zwar das Streikpostenrecht gesetzlich durchaus erlaubt ist, aber es gäbe eine nette Polizeiverordnung, mit der man Streikposten leicht und rasch von der Straße fortbringen könne.

Schmierigste Unternehmerrerei, die nicht einmal davor zurücksteht, ein gesetzliches Recht der Arbeiter mit Polizeihänden zu vernichten, das ist der wahre Sinn des Fortschritt-Programms. Unmöglich macht, Lohnherabsetzungen verbieten, Ausstellungen beschränken und Streikbrecher, Verwirrer als nationale Soldaten feiern, das ist nicht nur national liberal, das ist jetzt auch „fortschrittlich“ und nach Pfauisch muß das mitmachen.

Arbeiter, Arbeitervereine, Gewerkschaften und gerecht denkende Menschen! Rufft euch auf zu einem Vernichtungskampf gegen dieses Treiben. Jeder einzelne muß in diesen beiden Tagen ein Agitator sein. Jeder muß Kollegen, Freunde und Verwandte aufsuchen, zur Wahl bringen. Werdet nicht müde zu werden für die Wahl des wirklichen Volksmannes Triebner!

Schule und Kaserne.

Die Ausgaben für unsere Militarismus (Heer, Flotte, Pensionsfonds, Kriegsmittel, Lebensfonds und Schuldenzinsen für die für militärische Zwecke gemachten Schulden) betragen sich für das Deutsche Reich im Jahre 1911 bereits auf 1600 Millionen Mark.

Die neuen Heeres- und Flottenausgaben werden diesen Betrag in den nächsten Jahren aber noch gewaltig anschwellen lassen!

1800 Millionen werden jährlich für die Kaserne ausgegeben. Wie sieht es demgegenüber mit den Ausgaben für das wichtigste Kulturinstitut aus, die Volksschule?

Regen wir nach Vergleich die Zahlen für Preußen zugrunde. Der preussische Staat wendet für die Zwecke der Volksschule nach dem Etat für 1911

165 Millionen Mark

auf! Das sind pro Kopf der 6.164.398 Volksschüler, die bereits 1905 gezählt wurden, 27 Mark!

Die gesamten (aus kommunalen uvm.) Aufwendungen für die Volksschule einschließlich der Baukosten betragen sich 1905 auf 328 Millionen, das sind

pro Schüler 53 Mk!

Berechnen wir nach Maßgabe der Kopfszahl der preussischen Bevölkerung die Ausgaben für die Kaserne,

so entfallen auf Preußen allein 960 Millionen an Militärausgaben oder pro Kopf der 420.000 Soldaten

2300 Mk!

Für jeden Soldaten wird also

43 mal soviel

ausgegeben wie für jeden Schüler!

Dafür dienen aber auch die Ausgaben für den Militarismus den Zwecken der Kultur! Die „Erziehung“ in der Kaserne soll die Ehre des Volkes den Interessen des Volkes abwendig machen, soll sie mobil machen gegen den

„immeren Feind“!

Für die Schule aber, die doch das heranwachsende Geschlecht tüchtig machen sollte für den so schweren Lebenskampf, darf nach dem Willen der Herrschenden nicht das Notwendige ausgegeben werden, weil den ausbeutenden Klassen die

dummsten Arbeiter die liebsten

sind! Proletariat! Gedankt dieser schandvollen Tatsache am Montage!

Vergleute, laßt euch nicht einfeiern.

Ein alter Steiger aus dem Brudorf-Amendortener Revier schreibt uns:

„Wen Gott lieb hat, den schickt er in die Größschaff Mansfeld. - Diese Worte sprach vor Jahren ein evangelischer Geistlicher im Mansfeldischen. Es mögen diesem Geistlichen doch Drogen gekommen sein. Denn als Inhaber einer der festesten Fährden konnte er mit den Ortsbesitzern und gut besoldeten Leitern der Mansfelder Größschaff, fern von den Gefahren, deren Kaufende täglich tief unter der Erde ausgeht waren, von der Angst herab seiner Gemeinde die arge Welt in den schwärzesten Farben malen, um sich dann zur Stärkung nach dieser Arbeit zurück zu seinen Vätern und Wein trefflich schmecken zu lassen. Aber obwohl seine Gebete jetzt längst modern, wurden seine Worte: „Wen Gott lieb hat, den schickt er in die Größschaff Mansfeld“, von dem konservativen Kandidaten, Vergart Schräder, und dessen Genossen mit Enthusiasmus in den Verammlungen reichster Vergleute immer wieder zitiert. Mit dem Eifer aber, mit dem ein Paulus die Christen verfolgte, warfen diese Herren diejenigen auf die Landstraße, die dadurch, daß sie mit ihnen nicht besenden Be-

griff von Patriotismus haben, sich die Liebe Gottes verdient hatten. Ohne Saß und Gut mußten die von Gott und den Mansfelder Leitern geächteten das Land und die Gärten ihrer Eltern und Roretzen verlassen, um sich irgendwo in dem von Herrn Schräder so viel gerühmten deutschen Vaterlande eine neue Heimat suchen. Herr Schräder hingegen, obwohl ihm noch 14 Jahre dazu fehlten - wenn er Arbeiter wäre - um Altersrente zu erhalten, liebte per 1. Klasse nach Halle über, nachher im Boot im Mansfeldischen reich genug mit Gütern ausgestattet hatte. Wie aber Johannes der Täufer in Jesu den Teufel ertrankte, so erkrankte Herr Schräder in Herrn Schräder den Vertreter des Geldhades, und wie früher Herr Schräder für Dr. Krenb, so macht diesmal Herr Schräder für Herrn Schräder Kellame. Während aber Herr Schräder bei seiner Kellame für Krenb auf der Landstraße ein Banner totausgegeben wurde, muß sich Herr Schräder bei seiner Kellame für Schräder gelinder Mittel bedienen. In seinem Auftrage haben gestern die Vergleute im Saalkreis per Drucke ausgehakt erhalten: einen Stimmgel für Schräder, ein Flugblatt dessen Inhalt einen Komiker im Apollo- oder Ballontheater reifen Stoff zu Weigen gäbe, ein Exemplar der Saalkreis Zeitung mit der Rede Schräders, die er bisher immer wieder gehalten hat, und einen feuerroten Zettel. - Auf diesem roten Zettel wird Krenb mit „Geheer Herrmann“ angeteilt; ihm wird dann Herr Schräder als Herrmann bezeichnet und weiter es für den Adressaten Vergemann als gang besonderes Miß bezeichnet, daß Herr Schräder nicht seinen Geliebten persönlich besuchen will, sondern ihn unter dem Schutz der Hecke, als von Gott besonders zu seiner Ehre geschickt. Das Hehen mit „His Ehrenpflicht für alle Vergleute“ stellt es Herr Schräder hin, daß diese ihre Stimme

Es ist eine Ironie des Schicksals, bei denen um ihre Stimme zu weinen, deren Brüder und Kameraden durch den Zerkentismus der Angestellten des - nach Schräder - so liebenswürdigen Herrn Schräder Daus und Hof verlassen müssen. Herr Schräder - der Vergart - der weder die Peil noch die Rollenhaue zu gebrauchen versteht, in dessen Händen diese Gedächtnisse so wenig Rechte schaffen wie in den Händen des Herrn Kulturprofessors Schräder, er wird den Vergleuten als Vergemann, auf einer der übrigen bezeichnet. - Vergleute! In dem wir unsere Stimme für Schräder geben, geben wir auf das uns gemachte Ansehen Herrn Schräder und Konjunktur den Antrost.

Wie wird gewählt!

Die Wahlhandlung dauert von 10 bis 7 Uhr und ist für jeden mahlberechtigten Deutschen zugänglich. Ortsausföhrer ist nicht erforderlich, ebensowenig Wohnort im Wahlbezirk (Ministerialverfügung vom 18. Juli 1892). Aus dem Wahllokal dürfen nur ausgewiesene werden. Personen, welche die Ruhe im Wahllokal stören oder sich den von dem Wahlvorsteher zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Maßregeln nicht fügen oder bei einem zu starken Andrang das Wahlgeschäft behindern.

Der Wahlvorstand muß ständig von früh 10 bis abends 7 Uhr aus mindestens drei Personen bestehen, und Wahlvorsteher und Protokollführer dürfen nicht gleichzeitig hinarbeiten.

Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, muß von allen Seiten zugänglich sein.

Die Wahlurne steht auf dem Wahlstisch vor dem Wahlvorsteher. Sie darf nicht zu klein sein, um ein Durcheinanderfallen der abgegebenen Stimmen zu ermöglichen. Nach einem Ertrag des preussischen Ministers des Innern vom 9. November 1911 müssen erheblich geräumigere Gefäße als Wahlurnen verwendet werden, als bisher üblich gewesen.

Die Verwendung von Suppenterrinen, Zigarettenkisten uvm. als Wahlurnen muß grundsätzlich vermieden werden. Wahlgesetz und Wahlreglement muß im Wahllokal ausliegen. Auslagen von Stimmzetteln, Anträgen und Beratungen im Wahllokal sind während des Wahlaktes verboten.

Der Polierraum darf ein nur durch das Wahllokal betretbarer und unmittelbar mit ihm verbundener Nebenraum oder eine im Wahllokal selbst angebrachte, von dem Wahlvorstandstisch getrennte Vorrichtung sein. Der Wähler muß darin unbehindert (vom Wahlvorstand wie von den Mitwählern) seinen Stimmzettel in den Umschlag legen können. Es dürfen nicht zwei Wähler gleichzeitig im Polierraum sein, nur bei föperrlichen Vorkäufen des einen, dem dann ein anderer beistehen kann, ist eine Ausnahme gestattet.

Wähler, die nicht in den Umschlag gehen oder die minderjährige oder Altmenschen sind, dürfen nicht zur Stimmabgabe zugelassen werden. Stimmzettel ohne Umschlag oder in besonders kenntlich gemachten Umschlagen müssen von dem Wahlvorstand zurückgewiesen werden.

Am 7 Uhr abends wird die Abstimmung geschlossen und dann kein Stimmzettel mehr angenommen. Die Umschlage werden aus der Urne genommen und unverändert geachtet, ebenso werden die Abstimmungsvermerke an der Seite des Protokollführers geachtet, und dann wird nach dem Schrift des § 18 des Wahlreglements das Ergebnis festgestellt.

Die Bekanntgabe der Wahlfokulate.

Am Freitag abend ist dafür gefordert, daß die Resultate der Wahlen zum Reichstag, soweit das eben möglich zu machen ist, noch abends veröffentlicht werden können. Der Volkspart wird ständig bis 9 Uhr telephonisch sofort unterrichtet. - Meldungen über Resultate aus dem Saalkreis und der Stadt Halle sind unbedingt nur an die Telephonnummer 1478 zu richten. Dort wird dann das Resultat zusammengestellt und sofort weitergegeben nach dem Volkspart, der bis 9 Uhr ständig mit der Nummer 2100 (Transportarbeiter-Bureau, Org. 42/43) verbunden ist.

Die Ordner werden ersucht, sich am Freitag um 7 1/2 Uhr im Bühnenzimmer des Volkspartes einzufinden.

Nicht einmal säßen können sie!

Täglich werden die bürgerlichen Blätter noch zahlreich besuchten Verammlungen. Die Zahl der „säßreichen“ Besuche verheißt sie aber nicht schamhaft. Um dem Uebelstand abzuwehren, wollen wir einiges über den Besuch der gemäßigten Verammlungen offenbaren. Die zahlreich besuchte liberale Verammlung in Dömitz zählte 35 Personen inklusive Seiffert, sozialdemokratischer, konservativer, Sozialist und des Reichertabes aus Halle. Da kann man sich vorstellen, noch an liberaler Wählerstube übrig blieb. Noch größer stand es aber in Hölberg. Dort ist im ganzen knapp ein Dutzend Menschen im Verammlungsraum gewesen. Krappem schreiben Saaleleute und Allgemeine von zahlreich besuchter Verammlungen.

Genau so steht's mit der konservativ-Christlichen. In Dömitz zählten diese Herren mit allem Drum und Dran nur 25 Anwesende. Wollen sie wirklich einmal einige Leute in ihre Verammlungen bringen, so müssen sie schon, wie in Dömitz, allerdings, dann erziehen, daß ihnen die Arbeiter, wenn gar zu

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 8

Halle a. S., Donnerstag den 11. Januar 1912

23. Jahrg.

Bildchen aus der „nationalen Epoche“ 1907-1912.

Januar 1907. Der Wahlkampf tobt. Junter und Liberale kämpfen Schulter an Schulter für „nationale Ehre“. Die Norddeutsche Allgemeine erklärt die Nachricht, neue Steuern seien geplant, für ein Wahlmärchen. Das Zentrum aber verkündet: „Wer keine neuen indirekten Steuern will, muß Zentrum wählen.“

Am 25. wird gewählt. In den ersten Februartagen folgen die Stichwahlen. Die Sozialdemokratie gewinnt eine Vierer-Million neuer Wähler verliert aber durch den engen Anschluß der Liberalen an die Junter 36 Mandate. Nationaler Jubel. Wilhelm II. hält eine Siegesrede an eine Volksversammlung 'nachts unter freiem Himmel. Es wird „niedergeritten“, was uns entgegensteht. „Die Kunst jetzt lernten wir sie zu befeigen, und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben.“

Im März nennt Bülow Herrn v. Oldenburg seinen Freund und wünscht sich die Grabschrift: „Hier lag ein agrarischer Reichskanzler gewesen.“

Im Mai geht mit Klang und Gloria morgenschön der Eulenburgstempel los, der die Oeffentlichkeit monatlang beschäftigt. Aristokratische Offiziere haben Soldaten zu wüthen geschäftlichen Aufstellungen mißbraucht, sie werden später zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Ende Juni, ein Misserfolg: Herr v. Gamp, der Führer der reichsparteilichen Schwarzradopposition gegen die „zu weitgehende“ Sozialpolitik der Regierung, wird in den Freiherrenhaft erboten.

Kosobowsh fürst und wird durch den preussischen Polizeiminister v. Bethmann Holweg erlegt.

Juli. Der freisinnige Polizeirat Dr. Schellenberg in Wiesbaden wird gemordet, weil er in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt. Der herrliche Freireim bleibt im Wald.

Oktober. Genosse Karl Liebknecht wird wegen angeblichen Hochverrats zu 1 1/2 Jahren Festung verurteilt. — Gardsen-Wolffprozeß.

November. Aus dem Etat geht hervor, daß mindestens 260 Millionen neue Steuern notwendig sind. Enorme Lebensmittelerhöhung. Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag. Es geschieht nichts.

Verfallungsurteil gegen das Dreiklassenwahlrecht. Dezember. Eulenburg-Debatte im Reichstag. Kriegsminister v. Einem erklärt die Grafen Koblenz und Lynar für „unschuldig“. Sie werden später verurteilt.

Erster Bismarck. Bülow mocht in der Norddeutschen: „Sei einig, einig, einig!“ Zweiter Gardsen-Wolffprozeß. Eulenburg schmört.

Januar 1908. Genosse Marchwald-Königsberg wird wegen angeblicher „Majestätsbeleidigung“, begangen durch Befeldigung der Kiemer „Schandhaule“ zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Neue Massendemonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Im Dreiklassenhaus lehnt Bülow jede Reform, besonders die Einführung des geheimen Wahlrechts, ab. Der freisinnige Fraktionschef dankt dem Ministerpräsidenten, daß er über ihn nicht geantwortet habe. Schwarzradertochter gegen Straßendemonstrationen in Berlin. Der Polizeihauptmann Stephan bekommt für sein Dreiklassen- und der Berliner Gertraudenbrücke einen Orden. Arbeitslosen-Demonstrationen. Zusammenstoße mit der Polizei.

Februar. Zwei Seiger vom Kanakerkreuzer Hort wegen „Aufrauhes“ zu 5 und 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Reichstag fordert die Sozialdemokratie

Aufhebung der Soldatenstrafung. Der ganze Bund einschließlich der Liberalen stimmt dagegen. Die preussische Regierung geht gegen den Liberalen Verein zur Verbreitung von Volksbildung vor. Der herrliche Freireim bleibt im Wald.

März. Massenverurteilung von Wahlrechtsdemonstranten. 18. März neue Wahlrechtsdemonstrationen, neue Polizeiatenden. Im Reichstag beschließt der Zentrumsdirektor Gröber die Journalisten als „Zaubengel“. Es kommt zu einem Journalistenstreik, der durch eine Erklärung Gröbers beendet wird. Eine sozialdemokratische Wahlrechtsauflösung im Reichstag wird von Zentrum und Freisinn abgelehnt.

April. Der Bülowblock beschließt in dritter Lesung das Reichsvereinsgesetz.

das den Reichstagen und den Landtagen das Verfallungsurteil entzieht. Neue Wahlrechtsprojekte. Der Berliner Polizeipräsident verfat den als Spizeln entlarvten Schulzeuten Draber und Kassebe die Erlaubnis zur Zeugenaussage.

Mai. Die Norddeutsche demontiert die Nachricht, daß sich der Reichstag mit einer

Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II. beschäftigen soll.

Juni. Der Meinesprozeß gegen Seine Durchlaucht den Fürsten Eulenburg beginnt. Er wird mehrmals verlagert, er ist heute — 3 1/2 Jahre später — noch nicht zum Abschluß gebracht und wird voraussichtlich nie zu Ende geführt werden. Der Fürst bleibt — tot.

November. Das Londoner Blatt Daily Telegraph veröffentlicht Gespräche mit Wilhelm II. Der Kaiser rühmt sich darin seiner Englandfreundschaft und glaubt, daß das deutsche Volk englandfeindlich sei. Der Krieg gegen die Buren sei auf Grund von Klären gewonnen worden, die er entworfen habe. Es kommt darüber zum Jagenanzen

Novemberkurum. Sämtliche Parteien, einschließlich der Konservativen, nehmen Stellung gegen Wilhelm II. Fürst Bülow fordert seine Entlassung. Kanaler und bürgerliche Parteien berubigen sich aber, nachdem Wilhelm II. erklärt, er werde „unbedingt“ die „Stetigkeit der Politik“ (wie bisher) weiter sichern. Während der Reichstagsdebatten Kabarettsaufführung in Donauaußen. Aus dem geplanten Maßnahmen zur Einschränkung des persönlichen Regiments wird nichts. Der Liberalismus verlagert.

Im Reichstag wird die neue Reichsfinanzvorlage eingebracht, die

500 Millionen neue Steuern fordert, davon 400 Millionen indirekte Verbrauchssteuern. Der Freisinn erklärt sich zur positiven Mitarbeit bereit.

Januar 1909. Antike Wahlrechtsdemonstrationen in Dresden. Das preussische Dreiklassenhaus lehnt die Einführung des geheimen Wahlrechts ab.

Mai. Das preussische Dreiklassenhaus erklärt die Wahl von vier der sieben sozialdemokratischen Abgeordneten für ungültig. Drei werden wiedergewählt. Eulenburg tritt zum Badereise nach Gastein an.

Ende Juni, Anfang Juli Bismarck, Sturz Bülows. Das Zentrum kommt den Wünschen der Junter entgegen und bewilligt ihnen höhere Schnapssteuern, als die Freisinnigen wagen wollten. Der schwarzarabische Bund konstituiert sich, lehnt die Erbschaftsteuer ab und bemittelt neue Bier-, Branntwein-, Tee-, Kaffee-, Tabak-, Leuchtmitel- und Zündholzteuern. Bethmann Holweg wird Reichskanzler.

Oktober. Streik der Bergarbeiter in Mansfeld. Eine Maschinenengewerkschaftsbildung wird hindert. Verschiedene Organisationen der Arbeiterjugend werden aufgelöst, immer stärker setzt die politische Jugendbewegung ein, die eine Folge des freisinnigen (!) Reichsvereinsgesetzes ist.

Februar 1910. Bethmann Holweg bringt eine Wahlrechtsvorlage ein. Das Dreiklassenwahlrecht soll bleiben. Studierende und Militäranwärter sollen eine Stufe höher gesetzt werden, die direkte Wahl voll eingeführt, das öffentliche Wahlrecht bleiben. Bei der Einbringung der Vorlage hält Bethmann eine wilde Rede gegen das Wahlrecht. In den folgenden Debatten stimmen Nationalliberale und Zentrum mit den Konservativen gegen das gleiche Wahlrecht. Die Vorlage scheitert schließlich. Es bleibt beim alten. Nun werden wiederum Teilnehmer an Wahlrechtsdemonstrationen, die inzwischen hundertfunden haben, von der Polizei niedergeböhelt und niedergewirten, von den Gerichten verurteilt.

In Halle säbelte die Polizei 100 Wahlrechtsforscher nieder! Das in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 gegebene Versprechen einer Wahlreform bleibt unerfüllt.

April. Der Reichstag beschließt mit Zustimmung des Zentrums bei der Beratung des Bergarbeitergesetzes die Steuerfreiheit der Fürsten.

Zur Unterdrückung beständiger Wahlrechtsdemonstrationen geht Militär nach Wabernburg und Götterberg.

Auspeuerung der Bauarbeiter. Ihre Arbeit beträgt rund 120.000. Einige hochaltrige Donner Borkalen und Einjährigfreiwillige, die gewaltsam in die Wohnung eines Bergarbeiters gedrungen, diesen bedroht und die Einrichtung zerstört haben, werden zur gestrichelten Mindeststrafe von 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Siehe dagegen die Mitleide gegen „antiväterliche“ Soldaten, sozialdemokratische Redakteure, streikende Arbeiter, Wahlrechtsdemonstranten!

Juni. Die vor zwei Jahren demontierte Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II.

erfolgt jetzt. Sie wird „begründet“ mit der „Steigerung aller persönlichen und sachlichen Kosten“. 15 Millionen 719 296 Mark betrug die Zivilliste bisher, sie wird um 3 1/2 Millionen erhöht. Sämtliche bürgerliche Parteien des Abgeordnetenhauses, vor allem die Freisinnigen, stimmen mit Begeisterung für die königliche Lohnzulage.

August. Der Feinerzeit wegen Wortes zum Tode verurteilte, dann freigesprochene und in ein Sanatorium abgehobene Prinz Prosper Arenberg wird geheilt entlassen und geht als Farmer nach Südafrika.

September. Aus Anlaß eines Kohlenarbeiterstreiks brechen die Berichtigten

Wahlere Polizei- und Arbeitslosenfrankos aus. Englische Journalisten werden in ihrem Wagen von der Polizei attackiert und verunndet. Der alte Arbeiter Herrmann wird in menschenleerer Straße von Polizisten überfallen und getötet. Die Affäre beschäftigt die Oeffentlichkeit monatlang, man verucht, sie zu einer Wahlparole gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, erzielt aber nur eine allgemeine moralische Beurteilung der Polizei, über die sich nichtschonemiger ein wacher Lebensregen ergeht. Die Witwe des ermordeten Herrmann klagt auf Entschädigung, hat aber bis heute noch keinen Großes erhalten.

Januar 1911. Die preussische Regierung gibt im Abgeordnetenhause eine Erklärung ab, durch die die preussische Wahlreform auf unbestimmte Zeit verlagert wird. Eine Hoffart reaktionärer Geistes wird angekündigt: Ein Strebegeiz gegen die Presse (die nachher glücklich gekletterte Ber Wagner).

Berichtigung der Selbstverurteilung der Krankentassen, (im Laufe des Jahres durchgeführt), Einschränkung des Rechts auf Verteidigung durch die Strafrechtsreform, umsturzgesetzliche Bestimmungen im neuen Strafrecht.

Die Regierung beantragt, den Heigern die zwei Großes Auflage zu nehmen. Das Zentrum stimmt später für die Erziehung eines Erziehens, dann fällt der ganze schändliche Plan.

Februar. Es wird im Wiedererfindungsverfahren festgestellt, daß die sieben im Essner Meinesprozeß zu je 2 1/2 bis 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilten Schröder und Genossen

ausständig im Zuchthaus gelesen haben. Sie werden jetzt sämtlich freigesprochen, nachdem sie ihre Strafe längst verbüßt haben, einer geforderten, ein anderer verschonung ist.

Mai. Der preussische Landtag nimmt ein Gesetz an, das die Feuerbestattung zuläßt. Der preussische Polizeiminister von Dalkwitz ordnet später an, daß die Gefängnisstrafe für zu verbrennenden Frankentassen auf ihre Inangefängniszeit zu untersuchen sind. Freuchen!

Mai. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Altersgrenze für die Altersversicherung von 70 auf 65 Jahre heranzusetzen, wird im Reichstag abgelehnt. Es ist kein Geld da für die Veteranen der Arbeit.

Juni. Der preussische Landtag schließt wegen totaler Arbeitsunfähigkeit unter fürchtbarem Standal.

Juli. Die deutsche Regierung entsendet ein Kriegsschiff nach Agadir.

Allgemeine Kriegshege und Kriegspann. Kursstöße an den Börsen, Stürche auf Banken. Die freilionservative Post, das Organ des Reichsverbandsgenerals v. Liebert, nennt Wilhelm II. „Feigling“ und so weiter, weil er es nicht zum Krieg kommen lassen will. Schließlich handelt Deutschland die besten Konzessionen ein und überläßt Maroffo den Franzosen.

September. Eine allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise beginnt sich fühlbar zu machen. Für das kommende Frühjahr 1912 droht eine fürchtbare Meißelnot. Sozialdemokraten und drückliche Arbeiter verlangen die Zulassung argentinischen Reichsweins nach Deutschland. Es heißt aber bei der „bewährten“ Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“.

Oktober, November, Dezember: Die Wahlbewegung schwächt an.

12. Januar 1912: ? ? ? ? ?

Nun zwei Tage noch, dann wird das Volk an die Stelle dieser Fragezeichen seine Antwort setzen. Kann man noch zweifeln, wie sie ausfallen soll?

Wer bedenkt, was er in den letzten fünf Jahren mit erlebt hat, und dann noch immer nicht weiß, wie er am 12. Januar wählen soll — nicht weiß, daß er am 12. Januar sozialdemokratisch wählen muß — dem ist überhaupt nicht zu helfen!

Grenzenlos billige Preise

für Damen-Konfektion — Kleiderstoffe — Aussteuer-Artikel

M. Schneider's Inventur-Ausverkauf.

Man muss die Preise in den Auslagen sehen.

5% Rabatt auf sämtliche Ausverkaufspreise.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie

im Verbreitungsgebiet des Halleschen Volksblattes sind:

Für Halle-Saalkreis: Schriftsteller **Fritz Runert, Groß-Lichterfelde.**

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda:
Gastwirt **Gustav Menzel, Bitterfeld.**

Wahlkreis Merseburg-Querfurt:
Redakteur **Otto Vollender, Leipzig.**

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz:
Gewerkschaftssekretär **Julius Hildebrandt, Ritzdorf.**

Wahlkreis Mansfeld:
Landtagsabgeordneter **Adolf Hoffmann, Berlin.**

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld:
Stadtverordneter **Gustav Raute, Eilenburg.**

Wahlkreis Sangerhausen-Edertalberga:
Geschäftsführer **Max Wicklein, Nordhausen.**

Ein Verräter an der Sache des Volkes, wer nicht alle Kräfte daransetzt, der Sozialdemokratie am 12. Januar den Erfolg zu sichern.

Aus der Provinz.

Sicherung des Wahlergebnisses.

Bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird sich alles gegen die Sozialdemokratie verbinden. Das an Wahlberechtigungen geschehen kann, wird man tun. Namentlich auf dem Lande wird man versuchen, das gesetzlich vorgeschriebene Wahlergebnis infolge von Verboten, indem zu Wahlurnen Piktogramme oder ähnliche Behälter benutzt werden, wo ein Wert auf dem anderen liegt.

Das ist durchaus unzulässig. Die Wahlurnen müssen so beschaffen sein, daß eine Kontrolle unmöglich ist. Unsere Genossen und Parteimitglieder wollen streng darauf achten, daß dies geschieht.

Unzulässige Wahlbeeinflussungen sind unzulässig!

Wenn Beamte (Gendarmen, Gemeindevorsteher, Bürgermeister, Landräte, Richter und sonstige) in ihrer Eigenschaft als Beamte

1. Wahlkauf oder auf die Wahllegation bezügliche Anzeigen bestimmter Parteien unter Verletzung ihres Amtscharakters und Titels unterschreiben;
 2. in offiziellen Schriftstücken an untergeordnete Behörden in antiquatorischer Weise auf die Wahlen einzuwirken;
 3. Wähler oder deren Angehörige durch Versprechen von Vorteilen oder Androhung von Nachteilen zu beeinflussen;
 4. untergeordnete Beamte (Gendarmen, Soldaten, Kreisboten usw.) anzuweisen, zur Verbreitung von Stimmzetteln oder Wahlzettel bestimmter Parteien mitzuwirken oder die Stimmzettel irgendeiner Partei zu falsifizieren;
 5. zulassen, daß offizielle Zusammenkünfte, wie Kreisstage, Kommissionszusammenkünfte usw. zu Wahllegationen mißbraucht werden;
 6. zulassen, daß die Inhaber von Lokalen (Wahlkreis usw.) durch Proklamationen oder Werbungen seines der Wahllegations bestimmt werden, ihre Lokale zu politischen Versammlungen für bestimmte Parteien nicht herzugeben;
- Es ist dies von unseren Genossen wahrheitsgemäß festzustellen, um es in einem etwa notwendigen Wahlprotest vor dem Reichstag zu bringen. Auch das Ausrufen von Stimmzetteln und Flugblättern durch Kommunalbeamte (Gemeindevorsteher, Soldaten usw.) mit Dienstabzeichen ist unzulässig. Unzulässig ist auch, wenn Geiseln von der Kanzel oder der Kanzel in der Schule Wahllegation betreiben.

Nach jeder privaten Wahlbeeinflussung ist ungesetzlich.

Die Wahllegation steht innerhalb der gesetzlichen Grenzen jedem Privatmann in uneingeschränkter Weise offen. Es ist also auch dem Unternehmer gestattet, bei seinen Wahlberechtigten Wahllegation zu betreiben. Wenn dagegen der Unternehmer unter Mißbrauch seiner sozialen Machtstellung die von ihm abhängigen Arbeiter durch Proklamationen zu beeinflussen sucht oder wenn durch Vertreter, Meister, Werkführer, Aufseher, Steiger usw. eine Überwachung und Kontrolle der Arbeiter beim Wahlakt stattfindet, so hat dieser Mißbrauch schon wiederholt zur Ungültigkeitserklärung der Wahl geführt. Wenn bezügliche Einwirkungen stattfinden oder Verdacht werden, so ist davon unter Kennung ihrerer Quellen den Wahlkommissen Mitteilung zu machen.

§ 107 des Strafgesetzbuchs lautet:

Wer einen Zeuften durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten oder mit Rehmanshaft bis zu 6 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 109: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme durch Kauf oder Verkauf, durch Bestechung von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft, auch dann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Die Wahlhandlung (nicht zu verwechseln mit der Wahlprüfung der Wähler, die geheim ist) ist öffentlich. Jeder Deutsche, der das wahlfähige Alter erreicht hat, darf der Wahlhandlung beiwohnen, auch wenn er nicht in dem betreffenden Wahlkreis oder Wahlbezirk wohnt.

Trotz dieser Bestimmungen kommt es vor, daß Wahlprüfungen verweigert, die in den Wahlbezirk der Wahlhandlung eine unzulässige und verbotene Handlung zu verbotenen. Der Reichsgericht hat in dieser Beziehung kürzlich folgende Bekanntmachung des Richters des Innern:

„Nachdem der Reichsstaatsrat bei einer Wahlprüfung für erwiesen erklärt hat, daß in mehreren Orten während der Wahlhandlung für den Reichstags-Vertrauensmann der sogenannten Arbeiterpartei, welche sich im Wahllokale eingefunden hatten, ohne in dem Wahlbezirk wohnhaft zu sein, aus diesem Grunde ausgenommen worden sind, erlaube ich Euch nachstehendes zu verbotenen. Der Reichsgericht hat in dieser Beziehung kürzlich folgende Bekanntmachung des Richters des Innern:

Damit dürfte jeder Zweifel beseitigt sein. Namentlich unsere Funktionäre und Genossen auf dem Lande haben die Pflicht, streng auf die Durchführung obiger Bestimmungen zu sehen und die Wahlprüfer bei diesen darauf aufmerksam zu machen.

Reichstagswahl und Arbeiterfahrarten.

Der amtliche Tarif- und Verkehrsangeiger der preussischen Staatseisenbahnen macht bekannt, daß am Wahltag und am Tage etwaiger Sitzungen die Beschränkungen in der Benutzung der Arbeiterfahrarten außer Kraft gesetzt sind. Arbeiterfahrarten dürfen an den Wahltagen zu gewöhnlichen Dien- und Müßfahrten gegen Durchsicht eines Nummerfeldes der Wochenkarte für jede Fahrt benutzt werden.

Weißenfels. Verhaftung eines Mörders. Der Arbeiter Julius aus Lützenburg, der am 23. November den Erdarbeiter Daniel Wasas ermordet und sich unter falschem Namen in dem Jagergebiete Lützenburg, im Kreise Weißenfels, aufgehalten hatte, ist verhaftet worden.

Wofür das Proletariat sich abrackert!

Nach den Zahlen der amtlichen Statistik (Statistische Korrespondenz, Nr. 40 vom 22. Oktober 1910) teilten sich in die

ersten 10 Milliarden Mark des von physischen Personien veräußerten Vermögens in Preußen im Jahre 1902 im Jahre 1908

1558 Besitzten 1108 Besitzten.

Auf den Kopf der Besitzten, die die ersten 10 Milliarden Mark Vermögen besaßen, entfielen also im Jahre 1902 im Jahre 1908

5,4 Millionen Mark 9,0 Millionen Mark.

Die 1108 reichsten Leute in Preußen hatten also in sechs Jahren ihr Vermögen verdoppelt

Der Kopf um 3,6 Millionen Mark! insgesamt um 3969 Millionen Mark!

In die nächstfolgenden 10 Milliarden Mark teilten sich im Jahre 1902 im Jahre 1908

7411 Besitzten 5010 Besitzten.

Auf den Kopf der Besitzten, die die weiteren 10 Milliarden Mark Vermögen besaßen, entfielen also im Jahre 1902 im Jahre 1908

1,3 Millionen Mark 2,0 Millionen Mark.

Die 5010 nächstreichsten Leute in Preußen hatten also in sechs Jahren ihr Vermögen verdoppelt

Der Kopf um 700 000 Mark, insgesamt um 3500 Millionen Mark.

Die 6118 reichsten Leute in Preußen hatten also in sechs Jahren ihr Vermögen verdoppelt

um 7500 Millionen Mark!

Diese Hundert Millionen hatte also jährlich 1250 Millionen Vermögen mehr angehäuft!

Da Preußen 38 Millionen Einwohner zählt, müßten aus jedem Kopf dieser 38 Millionen also 33 Mark an unbezahlter Arbeit herausgepreßt werden, um den jährlichen Vermögenszuwachs der 6118 Geldherrscher aufzubringen!

Da auf jeden Erwerbstätigen in Preußen nach der amtlichen Statistik mindestens 2 nichterwerbsfähige Familienmitglieder entfallen, müßte jeder Erwerbstätige

jährlich 100 Mark dazu besteuern, damit allein die 6118 Millionen immer reicher wurden!

Das ist die „göttliche“ Weltordnung, für die alle bürgerlichen Parteien eintreten!

Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Der amtliche Apparat!

Auch die Flugblattverbreitung machen sich die Konserwativen unseres Wahlkreises sehr leicht. Wie wir im Korrespondenten lesen, werden die Gemeindevorsteher nämlich durch folgenden Befehl der Konserwativen Sache dienstförmig gemacht:

„Es wird dringend gebeten, angelegene Flugblätter sofort nach Empfang (also noch Sonntag, den 7. Januar, vormittags) im bezüglichen Ort verteilen zu lassen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung Der Vorstand des patriotischen Vereins für den Kreis Merseburg.

Zur Beachtung!

Wir machen die Mitwirkenden darauf aufmerksam, daß sie am 12. Januar unbedingt für folgendes Sorge zu tragen haben:

1. Sämtliche Wahllokale müssen um 10 Uhr, beim Beginn der Wahl, mit Stimmzetteln und Kontrollen besetzt sein.

2. Es ist Vorzorge zu treffen, daß alle Wahllokale rechtzeitig abgedeckt werden, damit sie für Wahlrecht ausbleiben können.

3. Die Wahlergebnisse sind sofort nach Bekanntwerden telephonisch unter Nr. 35 oder per Telegramm: „Baltzar-Lindenhof“, nach Schenkowitz zu melden.

Der Vorstand. J. A. Lorenz Müller.

Was die Herren Wähler vor einigen Tagen noch zu bezweifeln wagten, wird durch diesen in Preußen allerdings nicht seltenen Vorgang auf neue bekräftigt. Die Gemeindevorsteher müssen den Konserwativen nicht nur die Beschlüsse der Konserwativen, sondern auch für gewissenhaftige Vorbereitung der (auch während der „Stichtage“) Wahlbestimmungen Sorge tragen. Der Protest gegen diese neue Funktion des amtlichen Apparats wird ebenso verhalten wie der Einwand gegen die Vermögensuntersuchung der Gemeindevorsteher. Man kann aber auch anders, d. h. wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. In unserem Vertrauensmann in Vembdorf wurde für die Abhaltung einer am vorigen Sonntag geplanten Versammlung unter freiem Himmel — drei Mark Stempelgebühr abgenommen. Auf den Einwand, daß im Vereinigebiet von einer solchen Gebühr nirgends die Rede sei, erwiderte der Sekretär, daß er nur nach einer Verfügung des Landrats handle. Das Erteilen einer „Geldstrafe“ fielen unter den § 39 des Stempelgesetzes. — Wir sind neugierig, was nun kommt!

Schenkowitz. Zur Reichstagswahl. Die Stadt ist diesmal in drei Bezirke eingeteilt worden. Der 1. Bezirk umfaßt: Anhaltstraße, Gassestraße, Kirchstraße, Verlobungstraße, Mühlberg, Mühlstraße, Nordstraße und Zopfmarkt. Wahllokal ist der große Rathausaal. 2. Wahlbezirk: Anhaltstraße, Bahnhofstraße, Zeitzgasse, Markt, Ringstraße, Schulgasse, Sonnenstraße, Wahllokal ist der Gasthof zur Sonne. 3. Wahlbezirk: Auguststraße, Bergstraße, Bismarckstraße, Gursdorfer Weg, Delitzschstraße, Friedländerstraße, Radstraße, Weinstraße, Oststraße, Schießgraben, Leichstraße, Zumbachstraße, Weinstraße, Bergstraße und Biergasse. Wahllokal ist das Rathaus.

Allen Wählern zur Kenntnis, daß das sozialdemokratische Wahllokal sich von früh 8 Uhr an im Lindenhof befindet. Alle Anfragen usw. sind nur nach dort zu richten. — Am 12. Januar findet im Lindenhof eine geistliche Zusammenkunft mit Beurlaubung der Wahllokale statt.

Reinshausen-Querfurt. Das Baltzar-Lindenhof befindet sich am Sonntag um 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in der „alten Schänke“ in Reinshausen. Alle Parteigenossen, die Wahllokale besichtigen wollen, können sich dort melden. Von 7 Uhr abends an Beurlaubung der Wahllokale im Gasthof zur Sonne in Reinshausen.

Reinshausen. Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt am Freitag seine Mitglieder-Versammlung ab. Nach Aufnahme eines Minutes nahm Genosse Lorenz den Wort zum politischen Monatsbericht, welcher in recht zufriedenstellender Weise erledigt wurde. Darauf wurden die Wahllokale erörtert, sodann berichtigte Genosse Wolf über die Gemeinderatswahl. Mit der Aufzählung, richtig zu arbeiten und zu agieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Wahlkreis Mansfeld.

Ein interessantes Interesse

gab es am Dienstag in einer Versammlung in Friedeburg eine Sitzung, in der Dr. Krenzelt gesprochen hatte. Zu dieser Versammlung hatten die Konserwativen der ganzen Umgebung die Landarbeiter mit Gehör gebracht, damit sie von Herrn Krenzelt gehörig eingeseift werden. Es war ein ganz demagogischer Stimmengang. Die Arbeiter hatten 1/4 Tag Arbeit entrichtet und 30 Pf. Gehalt bekommen. Nachdem es so gelungen war, die Versammlung mit Arbeitern „voll“ zu machen, und da auch eine große Anzahl Berg- und Süntener Arbeiter anwesend waren, ließ Dr. Krenzelt mit lauter Arbeiterfreudlichkeit fast über. Sein Referat über die Arbeiter war nicht nur insofern klug, sondern auch sehr gut, wenn wir berichten, daß es der Arbeiter bei den Zuhörern keinen Eindruck machte, sondern nur unterbrach ihn von verschiedenen Seiten ein gehäufertes aber befehlendes Lachen. Die wenig Erfolg der Demagogie hatte, bewies auch der auffallend geringe, fast unmerkliche Beifall am Schluß.

Nach dem Referat fragte Genosse Drescher die Halle an, ob es ihm gestattet würde, einige Worte zu sprechen. Das wurde natürlich abgelehnt. Die Versammlung war sehr unzufrieden darüber, und als nach einem Schlußwort Dr. Krenzelt Genosse Trümpel mitteilte, daß der sozialdemokratische Arbeiter noch da stehen würde, um einige Fragen zu beantworten, gab es bei den anwesenden Arbeitern große Freude, aber bei den Konserwativen sehr lange Wehler. Die Herren werden lange, was zu tun ist und geben sich auch alle Mühe, um die Landarbeiter zum Fortgehen zu bewegen. Wer es half

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Hübgen.

Gastspiel Original (O. P.) Parisiana.

„Die G'schamige“.

Ein Dialog zum Bilde von Freih. v. Reznicek.

Schmetterlinge.
Schwank von Jul. Horst.
Der Brandstifter.
Sensationeller Erfolg! Letzte Woche! Anfang 8 Uhr.

Modernes Theater, Halle a. S., Geiststrasse 5.

Mittwoch den 10. Januar — Freitag den 12. Januar:

Erstaufführung in Halle: Ein dunkles Geheimnis.

Sensationeller Kriminalroman in 2 Akten.
Personen: Herrick Bang, Sohn eines Departementchefs, Madame Bang, dessen Mutter, Witwe Gardens, Käse u. Emma, deren Tochter, Friedländer Colin.
Detektive, Polizisten, Untersuchungsrichter und Volk. Ort der Handlung: Kopenhagen. Zeit: Gegenwart.

Ausserdem das reichhaltige Programm.

Arbeiter Rad- und Fahr-Verein u. Umgeg.

Halle a. S.

Mittw. d. 10. Jan. 1912. Sonnabend den 13. Januar 1912 in dem feinsten behaglichen großen Saale des „Volksparks“:

Grosser Elite-Maskenball.

Großartige Aufführungen:
Der Todesprung Mr. Diepenhengels von der Galerie des Saales.
Größte Senation der Gegenwart.

Zum 1. Mal in Halle. Zum 1. Mal in Halle.

Grosses 6-Tage-Rennen.

Tränen werden gelacht! Tränen werden gelacht!
Und andere Lieberdarstellungen.
Ununterbrochen Konzertieren 2 Musikchöre der Engelmannschen Kapelle.
Saalöffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Ohne Karte kein Zutritt. Eintritt 30 Pf. inkl. Mask. Abschied.
Der Vergnügungs-Ausschuss.

:: Karten sind bei sämtlichen Kaffeehäusern zu haben. ::

Gesang-Verein Wörlitz - Böllberg.

Sonntag, 14. Januar 1912, im Gasthof zu Wörlitz

Gr. Masken-Ball

mit Preisverteilung an die 3 schönsten Damen- und die originellste Herrenmaske.

Freunde und Gönner ladet hierzu herzlichst ein
Der Vorstand.

E. Klar's Masken-Berleibgeschäft

Geißeckstr. 3

empfehlend

Neue Masken-Kostüme zu bill. Preisen.

Grosser Gelegenheitskauf!

Extra billig.

Von einer der größten Rheinländer Kleiderfabriken mit mech. Weberei, welche sich wegen unglücklicher Spekulation in Zahlungsmittelmarkt befinden, habe ich über

650 Stoffhosen,

nur modernste Muster.
weit unter regulärem Preis erworben, und verkaufe, solange, so lange Vorrat davon, zu folgenden billigen Preisen:

Serie I: Männerhose in Modelfarben, sehr haltbare Qual., zu dem billigen Preise von nur 1 35 Mk.	Serie II: Männerhose dunkle Muster, zu dem bill. Preise von nur 1 85 Mk.
Serie III: Männerhose in braunen u. grünen Modelfarben, zu dem billigen Preise von nur 2 45 Mk.	Serie IV: Männerhose in glatt, u. gestreiften Farb., in unübertroff. Qualität, zu dem billigen Preise von nur 2 90 Mk.

Es liegt in jedermanns Interesse, sich diesen Gelegenheitskauf nicht entgehen zu lassen. — Trotz der billigen Preise noch 5 Bros. Rabatt. — Die Qualitäten und Preise sind zur Ansicht in den Schaukästen ausgestellt.

Ernst Renner

nur 14 Marktplatz 14.

PASSAGE-THEATER

Halle a. S. Lichtspielhaus. Leipzigerstrasse 88.

An Mittwoch, den 10. Januar 1912:
Programm - Wechsel.

Unser kürzest reichhaltiges Programm bringt wieder eine Glanzrolle der berühmten dänischen Tragödin

„Asta Nielsen“

in:
„Die Verräterin“.

Fr. Asta Nielsen zeigt sich in diesem dramatischen Werke, „Eine Episode aus dem Kriege 1870/71“ darstellend, in ihrer ganzen bewundernswürdigen Fähigkeit als tragische Darstellerin.

Der Besuch dieser Vorführung ist ganz besonders zu empfehlen.
Dieser Film gelangt um 7 Uhr und um 10 Uhr zur Vorführung.

Die Vorführungen beginnen: Sonn- und Festtags um 3 Uhr. Wochentags um 4 Uhr.
Kinder dürfen den Vorführungen nur bis 7 Uhr beiwohnen.

H. Restauration. Ranchen in allen Räumen gestattet.
H. Restauration. Die Direktion.

Neue Licht-Schauspiele,

Rannischestrasse 11.

Kein grosses Theater aber kein luxuriöses Unternehmen

eine technisch vollendete Vorführung klarer, hervorragender Neuheiten.
Künstlerische Maskenbegleitung des allbekannten Pianisten Herrn Hans Kirsch, sowie vorzügliche Rezitation des Herrn Max Mücke.

Jede Woche grosse Sensationsschläger!

Heute: **Leichtsinn.**
Grosses Drama aus dem Leben einer jungen Arbeiterin, in zwei Akten, sowie das übrige Weltstadtprogramm.

Zum Besuch ladet ergebenst ein **Richard Hüniger.**

Böllberg - Wörlitz.

Donnerstag den 11. Januar 1912 abends 8 Uhr findet im Gasthaus zu Wörlitz eine

Oeffentliche Versammlung

statt.

Tagesordnung:
Die Reichstagswähler vor der Entscheidung.
Referent: Genosse Reinhold Frommhold.

Freie Diskussion. Einem recht zahlreichen Besuche sieht entgegen
Freie Diskussion. Der Einberufener.

Sangerhausen.

Donnerstag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, in der „Schweizerhütte“

Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:
In letzter Stunde!
Ansprache des Kandidaten **M. Wicklein, Nordhausen.**

Fortsetzung des grossen

Inventur-Ausverkaufs

für Hochzeits-, Konfirmations- u. Geburtstags-Geschenke.
Aeusserst günstige Kaufgelegenheit.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

Apollo-Theater.

Direktion: Oskar Becker.

Letzte Woche!
Dr. Angelo's

Weissen. Sorzellone

grösste Schenkwürdigkeit!
Im blauen Licht
Brandt-Bermannbigs. Sketch von Leon Peret.

4 Oy - Ra

Barier Volksstücke.
Lisa Seebach.
Das Gimm-Phänomen mit 4 Diktaven Übung.
5 Longonells
vortreffl. Damen-Ensemble.
Joe Sunder
erkundigt. Jonglem-Akt u. d. Uhr. kritik. Spezialitäten.

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direktion: Osk. Hofrat H. Richards.
Donnerstag, 11. Januar 1912:
120. Abnimm.-Vorh. 1. Viertel.
Revißt! Revißt!
Zum 1. Male.
Das Zänzchen.
Lustspiel in 3 Akten von Hermann Hofr.
Saalöffnung 7, Anfang 7 1/2 Uhr.
Ende 10 Uhr.

Freitag den 12. Januar 1912
121. Abnimm.-Vorh. 1. Viertel.
Mit der neuen Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten:
Carmen.
Oper in 4 Akt. v. Georges Bizet.

Passage-Theater

Lichtspielhaus.
Halle, Leipzigerstrasse 88.

Programm - Wechsel
jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags präzis 4 Uhr.
Sonn- und Festtags 3 1/2

Kaiser-Panorama.

Interessante Besteigung der Zugspitze.

„Elephanten-Mark“ „Elefant“
in Tausenden von Haushaltungen beliebt und unentbehrlich. — Überall erhältlich. — Fabrik: Göther & Baussner in Chemnitz.

Ohne Preiserhöhung

gibt große Möbelabrik ganze Wohnsaal-Einrichtungen,
einselne Zimmer sowie jedes einzelne Möbelstück u. s. w. gegen ganz besonnenen Zahlungsverkehr ab. Diskretion zugehoben. — Zuschriften, wann der Besuch des Vertreters erwünscht, unter Chiffre V. H. 118 a. d. Exp. d. Volksh. erb.

Kaufe:
Papier, Bücher, Lampen, Eisen, Gummi, Metalle und Fellen.

Herrn Rein,
Halle-Giebichenstein, Königsberg 5. Tel. 2400.

Militärstiefel:
+ neue u. gebr. Militärstiefel, Gummistiefel, ferne Expeditions-, Grenzdienste, Kinderstiefel, gr. Ausm. Sol. u. a. Schuhe u. Stiefel in gebr. Stimmend., billig bezahlt und repariert.
+ J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Sie wissen.

Unsere Gegner wissen,

daß die Sozialdemokratie stets ehrlich und entschieden für das Wohl des gesamten werktätigen Volkes gekämpft hat.

Unsere Gegner wissen, daß das ganze Gegenwarts- und Zukunftsstreben der Sozialdemokratie den höchsten, politischen und kulturellen Idealen gilt.

Unsere Gegner wissen, daß die Sozialdemokratie eine Partei von ehrenhaften Männern und Frauen ist,

trotzdem schämt man sich nicht,

in voller Absicht das Gegenteil, von dem, was man weiß, zu behaupten,

weil

man die Wähler täuschen will;

man hofft, im Trüben fischen zu können.

Darum glaubt nicht jenen, die uns verleumden, beachtet dagegen, was ehrliche
Gegner von uns sagen. Zum Beispiel sagte:

Pfarrer Diebster

in dem Buche: „Kirche und Sozialdemokratie“:

Was eigentlich die Kirche sein sollte, wenn sie nach der Lehre und dem Vorbild Jesu handelte, das hat an ihrer Stelle die Sozialdemokratie vollbracht.

Pastor Claassen:

Hamburg, Rede in Plauen, Februar 1907:

In der vorwärtsstrebenden Arbeiterfamilie steckt die beste Kraft des Volkes; die besten Familienväter, die ihre Söhne gut erziehen, sind die eifrigsten Sozialdemokraten.

Minister v. Bodenmann

im badischen Landtag am 13. Juli 1910:

Die Sozialdemokratie ist eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes und verdient Entgegenkommen.

Wählt

darum mit klarem Bewußtsein und mit gutem Gewissen den sozialdemokratischen
Kandidaten

Fritz Runert!

Die sozialdemokratische Parteileitung.

Rehraus.



Wähler!

Wieder, wie schon im Jahre 1907, beglückt man euch mit
Verleumdungsflugschriften gegen die Sozialdemokratie!

Glaubt den Verleumdern nicht! Sie werden bezahlt von denen, die die Armen ausbeuten und bedrücken. Man will euch den „roten Schrecken“ einjagen, um euch nachher — genau wie nach 1907 —

desto besser das Fell über die Ohren ziehen zu können!

Fallt nicht wiederum herein auf all' den alten Schwindel! Steht fest und treu zu der Partei des gesamten, werktätigen Volkes, die fest und treu stets auch zu euch gestanden hat! Weist die Verleumdungen zurück!

Wählt Fritz Runert, Groß-Lichterfelde.

Verleger: R. Diefen, Halle a. S. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei, Halle a. S.

Unterhaltungs-Blatt

Beilage zum Volksblatt für Halle und den Saalkreis.

Nr. 3.

Donnerstag, 11. Januar

1912

Er hat es ja so gut!

Von Anna Petri. (Aus dem Schwedischen.)

Mutter Svensson und ihr Alter sind aus der Kirche nach Hause gekommen und haben zu Mittag gegessen. Nun will sie ihren Jungen schreiben. Sie holt das Tintenfaß, den Federhalter, ein paar dünne graue Bogen Briefpapier und ein graues Kuvert aus der Kommode, und dann setzt sie sich an den Klappstisch in der Küche und beginnt.

Das ist eine schwere Arbeit für die steifen, ungewöhnten Finger, und sie nimmt eine gehörig lange Zeit in Anspruch. Schön wird es gerade nicht: die Feder ist verrostet und spritzt und klebt, und hier und da bleibt eine schmutzige Spur von einem Daumen, der aufsteigende Tränen aus dem Augenwinkel wischte.

Ihr Mann sitzt draußen in der Vorlaube im sonntäglichen Anzug, die Pfeife im Munde, und liest die Zeitung. Auf der Bank neben ihm liegt die Kasse, sie fühlt sich gar behaglich im warmen Sonnenschein und blinzelt schläfrig nach einer Hummel; die summt zwischen den blühenden Bohnensträuchern, die, an kunstgemäß sich kreuzenden Schnüren emporletternd, die Vorlaube schmücken.

Es gibt so viel zu lesen in der Zeitung, doch die Gedanken springen immer wieder ab zu dem Brief drinnen, den Mutter eben an den Jungen schreibt.

„Erzähl ihm, daß ich hundertfünfzig Silo Brassen in zwei Nächten fing, als er laichte.“ ruft er ins Zimmer. Und nach einer Weile: „Schreib ihm vom Josefinenbaum, Kristina, das wird ihm Freude machen!“

„Ach, das schreibt man doch nicht im Brief,“ sagte die Alte, aber sie tut es doch. Die blanke, braune Wanduhr tickt einformig und schlägt ihre Stunden und Halbstunden, und während die Zeit vergeht, füllt sich Seite auf Seite.

„Gieber Agel! Da es nun so lange her ist denk ich, ich muß Dir schreiben, daß Du weißt wir sind gesund wenn auch der Rheumatist schwer in Vaters Wein sitzt und er mit dem Stod gehen muß. Doch sonst geht es gut mit fischen er fing 150 Silo in zwei Nächten als der Brasse laichte und der Mal ist im Sommer auch gut eingeschlagen, so daß wir selbst eingesalzen haben außerdem was Barons haben sollen. Hier ist alles wie gewöhnlich außer daß der Pächter im Pfarrhof gestorben ist im Juli und es war ein schönes Begräbnis und der Knecht in Bratorp und Alma sind nun aufgeboten denn nun soll der Alte nachgegeben haben. Und heute ist im Kirchgarten der Propst gekommen und hat mir die Hand gegeben und hat so viel nach Dir gefragt und gesagt: ich seh' er schickt Geld nach Hause, denn Ihr kommt hin und wieder und zahlt auf das Sparkastenbuch, so scheint es ihm gut zu gehen draußen, sagte er. Wir saßen dann auf der kleinen Bank an Klein-Sinas Grab, da ist es in diesem Jahre so schön, weil wir Ledlojen gesetzt haben und Ringelrosen gesät. Sie hat es gut, daß sie von allem fort ist hier auf der Erde, doch es ist einsam für Svensson und mich. Der Baron war hier mit vier Perren und angelten und legten Grundschnüre aus im vorigen Monat und wohnten bei uns, einer auf dem Sofa und zwei im Bett und der Baron selbst auf der Erde. Und Svensson war mit und ruberte sie den ganzen Tag und sie waren so froh und ich kochte Kaffee und der Baron sagte seine Köchin zu Hause sollte bei mir lernen und sie bekamen ein paar Silo Krimstrans rauf, Barje und kleine Aale und dann aßen sie in der Laube. Und das war so lustig weil sie so fröhlich waren, so daß sie uns aufmunterten und Svensson richtig froh war wie früher. Und der Baron fragte, ob wir etwas restituert haben wollten am Haus oder Scheune aber wir finden es nicht nötig, weil es nach uns niemand nehmen wird. Und der Baron sagte: daß der Junge fortgegangen ist! Er hätte die Fischerei und die Hütte bekommen wenn Svensson nicht mehr gekonnt hätte. Und es wäre gut gewesen das zu denken. Und hoffe, du bist gesund und

gut ist, daß Du es so gut hast, denn dann geht es schon mit uns, und ein lieber Gruß von Svensson und ein freundlicher von Kristina Svensson.

Ich sollte erzählen, der Josefinenbaum den Du gesetzt hast, trägt dieses Jahr und es sind dreizehn Keffel, denn drei fielen in der vorigen Woche ab beim Wind.“

Als die Sonne schon tief über dem Wald steht, die Dämmerung sich zwischen den Buchenstämmen verdichtet und weiße Nebel aus dem Wald aufsteigen, da ist der Brief fertig, die lange, schwierige Adresse mit dem „U. S. A.“ unten geschrieben und die beiden Freimarken ordentlich festgeklebt.

Mutter Svensson kommt heraus und setzt sich auf die Bank gegenüber dem Alten. Sie sagt nichts, trodnet sich nur ein paar mal die Augen mit ihrem Schürzengzipfel.

„Hast Du nun fertig geschrieben?“ fragte er.

„Ja,“ sagt sie, und das Weinen beginnt nun ernstlich.

„Das fühlt man so in der Brust jedesmal — sich zu denken, daß man ihn nie mehr im Leben wiedersehen soll — er ist ja das einzige, was wir haben.“ Der Alte seufzt.

„Kann aber doch leicht sein, daß er wiederkommt.“

„Nein — das tut er nicht — er hat es ja so gut da draußen.“

„Ja, das hat er — aber, es ist ja gut, wenn Du das weißt,“ sagt er.

„Ja, Gott sei Dank, daß er es so gut hat! Das ist doch ein Trost, und wenn es der einzige ist, muß man um so fester daran halten.“ Sie hört auf zu weinen, und anstatt daran zu denken, wie es im Herzen schmerzt, in den alten Tagen allein und verlassen zu sein und tausend Meilen zwischen sich und dem einzigen Sohn zu wissen, mekt sie sich und ihrem Mann es aus, wie gut er's hat.

„Denk' du, er will sich zum Winter einen Pelz kaufen, schrieb er. Und Handschuhe trägt er! Wir würden ihn gewiß gar nicht wieder erkennen.“

„Ja, er war immer ein hübscher Junge.“

„Ach, ja, ja! Und jetzt ist er wie der feinste Herr, da kannst du ganz ruhig sein!“ Sie lachte entzückt und sieht deutlich vor sich, wie Agel in Pelz und Handschuhen aussieht. Ja, dazur zu denken, ist ein Trost. „Gott sei Dank, daß er's so gut hat,“ sagt sie immer wieder und nickt ihrem Manne zu, der aufsteht und die steifen Beine streckt. „Was hat's denn mit uns armen Alten noch für Wichtigkeit.“

Es wird abends feucht und kalt, man kann nicht länger draußen sitzen bleiben. Der Alte geht mit seiner Zeitung und der erloschenen Pfeife hinein, und Mutter folgt ihm bald, nachdem sie noch nach den Hühnern und Henseln gesehen hat.

Still breitet sich die Dunkelheit über die Mütze, den Garten, den Wald und den Wald, über die anderen kleinen Häuser und Gärten des ganzen Landes und über alle Wege, die von hier hinausführen in die Welt.

Dort draußen in dem großen Lande, das lockt und zieht, wo Glück und Reichtum winken, wo Millionen Menschen sich auf lärmenden Straßen drängen und in wollenhohen Häusern wohnen, und wo sich der eine nicht mehr um den anderen kümmert als um den Stein, auf den er tritt, dort liegt in einem geraden, hellen Saal eines mächtigen Häuserkomplexes ein bleicher Jüngling von etwa zwanzig Jahren. Sein Bett ist eines von vierzig gleichen, die in zwei langen Reihen an den Wänden stehen und in denen, aus allen Richtungen der Welt gekommen, jeder seinen Schmerz leidet.

Der Jüngling ist sehr schwach und matt und hat zuweilen schwere Qualen zu ertragen. Er kann sich nur mit Mühe klar machen, wie das alles gekommen ist, wo er sich befindet, und was geschehen ist.

Er stand bei seiner Arbeit in der Fabrik, zwischen dem ohrenbetäubenden, donnernden Maschinenlärm, wie er tagtäglich getan hatte, seitdem er hierhergekommen war — und da muß etwas geschehen sein, etwas, auf das er sich nicht besinnen kann; es muß sehr schnell gegangen sein. Dann kam ein langer

Traum, ein schwerer, unheimlicher Traum mit wirren Vorstellungen, brennenden Schmerzen und schneidendem Jammer. Er wurde durch gemundene Korridore und über helle Treppen geführt; er lag in einem großen Raum, in dem sich Herren in weißen Mäden über ihn beugten; er sah Baumwolle und Flaschen, hörte Wasser plätschern und atmete einen merkwürdigen Geruch.

Und nun lag er hier im Bett und hatte gewiß lange gelegen. Es war ihm, als hätte man von einem Unglücksfall in der Fabrik gesprochen, doch er verstand sie nicht recht, die fremde Sprache klang so wunderbar, er schien sie fast vergessen zu haben. Und niemand war da, der seine Sprache redete, niemand, der sie verstand. Er war völlig einsam hier unter ihnen allen, einsam, fremd und unbekannt.

Doch eines Tages, als goldener Sonnenschein über die Betten hereinflutet und kleine Stückchen blauen Himmels durch die Fenster leuchten, kommt eine Pflegerin und übergibt ihm einen schmuddeligen, kleinen Brief mit zwei roten Marken darauf, der endlich hierher gelangt ist zu dem „Jungen“ — dem Jungen, der es, Gott sei Dank, so gut hat, und den Vater und Mutter wohl nicht wiedererkennen würden!

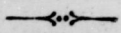
An jenem Abend bemerkt die Schwester, daß der junge Schwede, der nach dem Ausspruch des Arztes nur noch einige Tage leben konnte, zu phantastieren beginnt. Das Fieber steigt, und schnell verfallen die Kräfte. Es wird wohl am nächsten Tage mit ihm zu Ende gehen.

Doch er selbst weiß das nicht. Für ihn sind die Fabrik und der Krankensaal, die Schwestern und Ärzte, die Gefährten und Dollars verschwunden, als wären sie nie gewesen. Und verschwunden sind auch das Heimweh und die Einsamkeit.

Er ist wieder daheim, geht mit Vater und Mutter vorüber an wallenden Kornfeldern, an grünen Gebüsch mit grauen Pfahlzäunen ringsum, an dunklen Tannenwäldern vorüber zu einer kleinen, weißen Kirche, die von hohen Ahornbäumen beschattet wird, und aus deren offener Tür milde Orgeltöne strömen.

Überall sieht er freundliche, wohlbekannte Gesichter, die nicken und grüßen und ihn bewillkommen; überall reicht man ihm herzlich die Hand. Er ist wieder daheim, ruhig, froh und glücklich schlummert er gegen Morgen ein, unter einem niedrigen Dach, wie er glaubt, auf einem alten Sofa mit geschnittener Lehne. — —

Zwei Tage später befindet sich ein neues unbekanntes Grab neben den tausend anderen auf den Kirchhöfen der Millionenstadt, ein schwarzer, kleiner Hügel, der bald der ebenen Erde gleicht und nie mit Ringelblumen und Levkojen geschmückt sein wird.



Ibsen junior und der Sozialismus.

Während die bürgerliche Wahlleute den Sozialismus in tausend Versammlungen wieder einmal von Tod zu Tode heft, schreitet ehrliche Forschung und ehrliches Denken in seiner Erkenntnis ruhig fort.

Deutschland ist arm an sozialistischen Intellektuellen. Weiter als bis zu dem leise säuselnden „Sozialismus des Herzens“, den der preussische Oberhoftheologe Garnad vor ein paar Jahren predigte, haben wir es noch nicht gebracht.

So stammt auch die neueste bürgerlich-intellektuelle Kundgebung für den Gedanken- und Willenskomplex des modernen Sozialismus nicht aus dem Lande der Denker und Dichter. Es ist der frühere norwegische Staatsminister Sigurd Ibsen, der vor einiger Zeit an hervorragender Stelle die Grundprobleme des Sozialismus — die ökonomischen wie die kulturellen — verteidigte. Der alte Ibsen litt in seiner Stellung zum Sozialismus und der Arbeiterbewegung an jenem Zwiespalt, der alle vernünftigen bürgerlichen Persönlichkeitenstheoretiker unserer Tage kennzeichnet. Zu klug, um gegen die Allmacht des sozialistischen Prinzips blindlings anzuknurren, haben sie doch nicht begriffen, daß alle wahren Persönlichkeitswerte erst in der wahren Gemeinschaft fest verankert werden können. Ibsen der Jüngere hat sich zu einem positiveren Urteil über die Bewegung des Sozialismus durchgearbeitet — einem Urteil, das fernen zu lernen gewiß auch für den Arbeiter nicht ohne Interesse ist.

Ueber die ökonomischen Theorien des Sozialismus schrieb Ibsen (im Dezemberheft der Neuen Rundschau, S. Fischer, Berlin) folgendes:

„In der populären Vorstellung ist der Sozialismus zunächst nur eine Arbeiterbewegung und eine Gefühlssache, aber wäre er nicht gleichzeitig noch etwas anderes und mehr, so würde er nicht so bedeutende Resultate erreicht haben. Er hat immer mehr intellektuelle Elemente um sich gesammelt, und daß er sie

hat gewinnen können, verdankt er vor allem seiner kritischen Stärke, oder wenn man will, der theoretischen Angreifbarkeit einer Gesellschaft, deren ökonomische Zustände dem Staatsbewußtsein widersprechen, das überall eine zweckmäßige Regulierung der menschlichen Bedingungen anstrebt.

Wir Menschen haben die soziale Ökonomie geschaffen, aber wir beherrschen sie nicht stets; sehr oft ist sie es dagegen, die uns beherrscht. Der Geldmarkt, der Warenmarkt, das Kapital und die Arbeit, all das sind Faktoren, die wir uns nun über den Kopf wachsen sehen. Die großen Krisen, die in gewissen Zwischenräumen die Geschäftswelten heimsuchen, sind in den seltensten Fällen mit wohlbedachter Ueberlegung hervorgerufen, im allgemeinen entstehen sie sozusagen von selbst. Keiner hat sie gewollt, wenigen ist damit gedient, aber eines schönen Tages sind sie da, unerwartet und unerbittlich. Man forscht dann nach ihren Ursachen und glaubt meistens, sie in der Ueberproduktion zu finden. Was, falls die Erklärung richtig wäre, darauf hindeutete, daß es eigentlich das Produkt ist, das die Herrschaft über die Produzenten übt. Es müßte selbstverständlich umgekehrt sein, aber wir sind gezwungen, zu erkennen, daß der Komplex von Bedingungen, die die Ökonomie unserer Gesellschaft bilden, nur zu oft die Uebermacht über uns gewinnt. Die Zunahme und erhöhte Beweglichkeit des beweglichen Kapitals, das Erwachen der Arbeiterklasse zu Selbstbewußtsein und Selbstbehauptung, die Revolutionierung der Produktionsprozesse und die Vervollkommnung der Transportmittel: diese Umstände bezeichnen jeder für sich einen Fortschritt. Aber im Verein haben sie ein Chaos von Kräften und Bestrebungen erzeugt, dem noch kein ordnender Geist Einhalt und planmäßige Richtung gegeben hat. Hier sollte die ökonomische Politik die Führung übernehmen, doch hat sie nicht Schritt gehalten mit der privatökonomischen Entwicklung.

Konstitutionell, administrativ, polizeimäßig betrachtet, ist die Gesellschaft organisiert, aber ökonomisch lebt sie in einer mittelalterlichen Regellosigkeit. Ein Mann wird zu einer Geldstrafe verurteilt, wenn er von seinem Fenster aus Wasser auf die Straße gießt, doch derselbe Mann kann, ungehemmt von Gesez und Sitte, eine Panik, einen Paniktrach, einen Streit oder eine Ausperrung verursachen, die störend in die Interessen Tausender von Menschen eingreift. Er setzt sich dem Gesängnis aus, wenn er sich ein fremdes Portemonnaie aneignet, aber steckt er einige Millionen von dem Gelde anderer Leute in seine Tasche, so kann das eine gesetzmäßige Sache sein, wohlgemerkt, wenn es an der Börse geschieht; und das selbst, wenn die Operation einem offensibaren Kniff zu verdanken ist, wie z. B. einige Wallstreetespekulanten vor mehreren Jahren schwandende Summen verdient haben durch eine vorfächlich irreführende Mitteilung über die Kornerte in Kanada. Aus guten Gründen läßt er sich nicht wie die Raubritter der Feudalzeit darauf ein, an der Landstraße im Hinterhalt zu liegen und triebliche Bürger einfach auszublündern, aber er kann Mitglied einer Monopolgesellschaft werden und als solches ungestraft sich daran beteiligen, eine ganze Bevölkerung zu brandschlagen. Wir sehen das namentlich in Nordamerika, der Blütsstätte der Trusts, und da sehen wir auch, wie wenig die Deffensivität bisher gegen diesen Mißbrauch der Gesellschaften vermocht hat.

Alle diese Zustände, für deren Widersinnigkeit uns nicht zum mindesten der Sozialismus die Augen geöffnet hat, sind Früchte einer laiffersaire-Politik, die immer mehr an Kredit verliert und deren Verschwinden vorausbestimmt ist. Und selbamerweise bilden hier die Trusts selbst, diese Gipfel des Privatkapitals, einen der Wegweiser. Sie weisen auf eine Zukunft hin, in der der Zusammenschluß und die methodische Anwendung der Kräfte den jetzigen Zustand ablösen wird, der in Grund und Boden unsicher und unökonomisch ist mit seinen industriellen Bürgerkriegen, seiner hasardmäßigen Produktion, seiner ruinierenden Konkurrenz und seinem lästigen Zubehör von schmarozenden Zwischenmännern. Der Drang, aus diesem Wirrwarr herauszukommen, macht sich unabweisbar geltend. Die Trusts sind eine Aeußerung dieses Bedürfnisses, der Sozialismus ist, wenn auch aus völlig anderen Beweggründen, eine weitere Belundung der gleichen Tendenz, und diese sonst so wesentlich verschiedenen Mächte sind insofern zwei Arbeitsgesellschaften zu vergleichen, die beide, jede von ihrer Seite aus, im Begriff stehen, einen Tunnel zu durchbohren.

Die Wurzel der ökonomischen Uebel sieht der Sozialismus in dem privaten Eigentumsrecht: Das ist der Boden, der dies Unkraut erzeugt und den unangspflügen es gilt. Diese Behauptung sucht man zu widerlegen durch die Geschichte und die Ethnographie, die beweist, daß das private Eigentumsrecht bei allen Völkern, die eine höhere Stufe der Kultur erreicht haben, einen der Grundpfeiler der Gesellschaftsordnung gebildet hat, während die Stämme, die den gemeinschaftlichen Besitz beibehalten haben, in einem primitiven Stadium stehen geblieben sind. Aber mit einer ähnlichen Erwägung verteidigte man seinerzeit die Sklaverei, und es läßt sich nicht leugnen, daß das Eigentumsrecht wie jede andere Institution der Wandelbarkeit unterworfen ist. Tatsächlich geht auf gewissen Gebieten eine Sozialisierung vor, indem der Staat und die Kommune be-

liebe und Anlagen übernimmt, die man vor einem Menschenalter dem individuellen Unternehmungsgeist vorbehalten hätte; und wir treiben heute die öffentliche Kontrolle unseres Eigentumsrechtes und den Grundbesitz des öffentlichen Eingreifens in dieses so weit, daß man sie in dem antiken Rom oder in dem älteren England mit ihren strengeren Eigentumsverhältnissen für unzulässig gehalten hätte. . .

Wenn also der Sozialismus behauptet, daß die sämtlichen Produktionsmittel der Allgemeinheit gehören und jede Erwerbstätigkeit auf öffentliche Rechnung ausgeübt werden soll, so erstreckt er recht gesehen, nichts anderes als die Erweiterung der ganzen Oekonomie einer Praxis, die für einzelne Erwerbszweige, beispielsweise im Gebiet des Verkehrswezens, einzuführen die meisten Staaten für nützlich erachtet haben. Und wenn er ferner die Vorteile der ökonomischen Zentralisation hervorhebt, so kann er sich auf die Trustbildungen berufen, als auf Beweise dafür, daß auch der Privatkapitalismus sich von dem Wert des Großbetriebs überzeugt hat. Warum also auf halbem Wege stehen bleiben und nicht zum Staatsbetrieb übergehen? Eine rationelle Produktion nach größtem Maßstab würde bei einem achtfündigen Arbeitstag eine Totalsumme von Lebensgütern hervorbringen, die all unsere Vorstellungen überträfe.

Widersacher haben schlagfertig geantwortet: keine noch so vollkommene Regulierung kann die eigentlich bewogende Kraft ersetzen, die persönliche Initiative, den Trieb zur Ueberlegenheit, den Durst nach Reichtum. Es muß, wie einer von den Nothschicks sagte, Reiche und Arme geben, damit die Armen danach streben können, reich zu werden, denn das ist es ja, was den Fortschritt bedingt. Doch die Sozialisten sind um eine Erwiderung nicht verlegen, sie entgegen, eine veränderte Gesellschaft werde auch ein in mancher Beziehung verändertes Geschlecht erzeugen. Wenn jeder seinen gesicherten Lebensunterhalt hat, ist der Geldbegehrt als Sporn zur Arbeit nicht mehr nötig. Die Befriedigung nutzbringender Tätigkeit, das Verlangen nach Selbstentwicklung, der Drang, den Beifall der Mitmenschen zu gewinnen, diese Impulse werden eine ausreichende Wirksamkeit sein für den Fortschritt der Gesellschaft. . .

Ueber die kulturelle Seite der sozialistischen Bewegung spricht sich Absen folgendermaßen aus (wobei wir uns an einigen Ausdrücken, die unserer gewohnten Terminologie widersprechen, nicht stoßen dürfen):

„Ich habe bereits die starke Position erwähnt, die der Sozialismus durch seine Kraft einnimmt, und eine noch stärkere besitzt er in dem, was ich seine religiöse Seite nennen möchte. Als Bote lichter Tage für die Vernachlässigten und Unterdrückten, als das Evangelium der Arbeiter- und Proletariatsmassen hat er alle Länder durchdrungen und Millionen um seine Fahnen gesammelt. Der Geistesaufrubr, der die tiefsten Schichten ergriffen und sich teilweise in die höheren verpflanzt hat, erinnert an die hundertjährige religiöse Gärung, die der Lutherischen Reformation voranging.

Und die Bewegung wird sich nicht aufhalten lassen. Denn was nützt es, einen glühenden Glauben mit Vernunftgründen dämpfen zu wollen? Wen glaubt man mit dem Hinweis einzuschläfern, daß in früheren Zeiten die Armut größer war als jetzt? Es ist ja nicht die Armut an und für sich, sondern das Bewußtsein davon, was die Quelle der Unzufriedenheit bildet. Ueberdies ist es eine alte Erfahrung, daß Aufstände nicht gerade da entstehen, wo die Bedingungen sich am elendesten gestalten; denn wo die Not zu drückend ist, wird die Fähigkeit, ja selbst die Lust zum Widerstand gelähmt. Bezeichnend genug ist es ja in dem gemarterten Süden, die italienische Sozialistenpartei hat hier ihre Stätte, aber unter den relativ besser gestellten Massen in den nördlichen Landesteilen. Deswegen sollte man sich auch nicht mit der Hoffnung schmücken, daß die Lechnerhörsungen, die zugestanden werden können, oder Einrichtungen, wie Unfalls- und Altersversicherungen die Arbeiter je mit ihrem Loos versöhnen werden. Je mehr ihr Selbstgefühl wächst, desto weniger werden sie sich zufrieden geben mit dem, was sie für kümmerliche Broden vom Tische des Reichtums halten. Ihre Führer haben ihnen erzählt, daß die großen Kapitalansammlungen, die sie rings um sich sehen, Früchte einer gewissenlosen Ausnützung des Proletariats sind. Das ist ganz gewiß nicht die unverfälschte Wahrheit; die erhöhte Produktivität der Gegenwart ist nicht in erster Linie der manuellen Arbeit zu verdanken, sie ist der Ablösung der Handkraft durch die Maschinenkraft im Verein mit technischen und chemischen Erfindungen zuzuschreiben. Aber die Arbeiter betrachten die Sache nicht von dieser Seite, sie fühlen sich um ihren rechtmäßigen Anteil an der Ausbeute betrogen, und man muß zugehen, daß die Bedingungen, die ihnen geboten worden sind, nicht immer menschenwürdig waren.

Wie dem auch sei, jedenfalls hat die bürgerliche Demokratie kein Recht, sich über die umstürzenden Tendenzen des Sozialismus aufzuhalten. Denn sie ist ja selbst von revolutionärem Ursprung. Die ganze bürgerliche Gesellschaft ist, wo sie in vollkommen moderner Gestalt auftritt, auf Prinzipien aufgebaut, die zu ihrer Zeit als aufklärerisch galten. Sie hat das Königtum von Gottesgnaden abgetan, die Adelsprivilegien beseitigt,

den kirchlichen Einfluß abgeschwächt, und es wird ihr auch schwer, zu erklären, warum gerade das Eigentumsrecht die geheiligte Institution sein soll, an die zu rühren Schändung wäre. Sie hat das allgemeine Stimmrecht eingeführt und muß also auch erwarten, daß sie versuchen, diese durch die weit wirksamere Gleichheit auf ökonomischem Gebiet zu vervollständigen. Die Leute, die das Grundgesetz für geeignet erklärt, die Regierungsweise für Land und Reich zu bestimmen, werden mit der Zeit auch Teilnahme an der Anordnung der Geschäfte fordern, und daß Tausende von Menschen für das tägliche Brot von einem „Herrn“ abhängig sein können, verträgt sich nicht recht mit der demokratischen Idee. Die bürgerliche Demokratie muß die Konsequenzen ziehen und erkennen, daß wie sie selbst ein Kind der französischen Revolution ist, der Sozialismus der legitime Sprößling ihrer eigenen Lehren ist.“

Fünf Sechstelle der Nation werden bisher durch die geringfügigkeit ihres Einkommens nicht bloß von den meisten Wohlthäten der Zivilisation ausgeschlossen, sondern unterliegen dem und wann den furchtbarsten Ausbrüchen wirklichen Elends und sind inmerdar dessen drohender Gefahr ausgelegt. Ihre Arbeit beginnt mit aufgehender, endet mit niedergehender Sonne, erstreckt sich bis in die Nacht hinein, aber keine Anstrengung vermag dies Loos zu ändern. Ohne ihr Einkommen erhöhen zu können, verlieren sie nur noch die letzte Zeit, die ihnen für Bildung ihres Geistes hätte übrigbleiben sollen,

Johann Karl Robertus in den Sozialen Briefen an D. Reichmann (1850/51).

Kleines Feuilleton.

Gezponnenes und gewebtes Stroh.

In der Textilwoche macht George Biet auf ein neues Fasermaterial aufmerksam, das für die Textilindustrie von ganz erheblicher Bedeutung zu werden verspricht: durch ein besonderes Verfahren soll Stroh zu Faserstoffen verwendet werden. Wie man weiß, ist es bisher gelungen, Bastfasern von verschiedenen Pflanzen in spinnbare Material umzuwandeln. Man kann jetzt die früher unspinnbaren Fasern des Knapf und der Brennessel nicht nur in Garn verspinnen, sondern weiß sie auch in schöne, seidenglänzende Ware zu verwandeln. In Deutschland ist neuerdings eine Gesellschaft gegründet worden, deren Aufgabe es ist, sämtliche Basten, ganz gleich, ob diese von Bäumen, Sträuchern oder Gräsern stammen, für Spinn- und Webzwecke zu verwerten. Unter den vielen Faserstoffen, die sich hierfür eignen, ist die am wenigsten feste Faser die des „Strohens“, und zwar des Strohes, das von unserem Getreide stammt. Es ist in trockenem Zustande vollkommen brüchig, spaltet sich ziemlich schwer zu längeren Teilen und kann wohl als diejenige Faser gelten, die am schwersten spinnbar zu machen ist. Gegenüber den Basten, wie Rindens, Birkenbast, Schilf, ja selbst von anderen Gräsern, ist die Haltbarkeit des Strohes um viele, viele Prozente geringer. Die neue Erfindung nun, die sich mit der Aufschleifung der Strohfaser befaßt, ermöglicht, wie die Versuche deutlich gezeigt haben, nicht nur ein gutes Resultat, sondern hat auch für die Zukunft Ausichten eröffnet, die den Rahmen der textiltchnischen Möglichkeiten weiter spannen, als man geplant hatte. Nachdem nämlich das Rohstroh, zu dem auch Stroh verwendet werden kann, das bereits die Dreschmaschine passiert hat, einen Auflösung- und Kochprozeß durchgemacht hat und von der Gallertartigen feinen Schale befreit worden ist, wird der Rückstand durch Warmluftmaschinen getrocknet, so daß die fertige Spinnfaser nunmehr vorliegt. Dieser wird heute noch ein geringer Zusatz von anderem Faserstoff gegeben, jedoch nie mehr als 20 Proz., so daß fraglos 80 Prozent reines Stromaterial verwendet werden. Aus diesem wird nun in der Art der Jute-spinnerei ein Vorgarn hergestellt, das im Charakter dem Jutegarn sehr ähnlich ist, jedoch bedeutende Vorteile gegenüber allen heute bekannten Fasergarnen bietet. Es stellt sich — und dies ist besonders wichtig — erheblich billiger als jedes andere Faser- und Webmaterial. Dieses erste Rohmaterial ist also von Rohstoffen gewonnen, die in unserem eigenen Lande gewachsen und die in so großen Mengen zu haben sind, daß man sie schier unerschöpflich nennen kann. Weiter ist bereits von den Erfindern der Nachweis erbracht, daß sich das neue Verfahren genau wie auf das Strohmaterial auf sämtliche andern minderwertigen Fasern, deren sich hunderte bei uns und in gewissen Abarten in unseren Kolonien finden, ausdehnen läßt. Ja, es ist sogar

nachgewiesen, daß sich auch unsere gewöhnlichsten Grasarten, die Blätter vieler Pflanzen in ähnlicher Weise aufschleihen und als Fasermaterial verwenden lassen. Was nun das Garn aus Strohfasern anbetrifft, so liegen seine Vorteile, außer in der erwähnten Billigkeit, noch vor allem in seinem geringen spezifischen Gewicht, das im Vergleich mit ähnlich aussehenden und zur Verwendung kommenden Rohstoffen bis zu 40 Prozent weniger beträgt. In der Praxis würde das bedeuten, daß eine aus Strohgarn hergestellte Ware sich im Vergleich zu einer aus anderen Materialien verfertigten wie folgt stellen würde: Nimmt man auf 1 Meter Ware von Strohgarn 1000 Fäden, so darf man, um dasselbe Gewicht herauszubekommen, z. B. bei Jute nur etwa 600 Fäden nehmen. Hieraus ergibt sich, daß die Ware mit 1000 Fäden bei derselben Stärke des Fadens bedeutend dichter, griffiger und fülliger sein muß als die mit 600 Fäden durchsichtigerer Juteware. Es sei hierbei allerdings betont, daß die gesamten Versuche sich noch im Anfangsstadium befinden, und daß noch manches zu tun übrig bleibt, bis das neue Strohgarn für alle Gebiete, die in Betracht kommen, verwendbar sein wird. Soviel ist aber bereits durch Nachleute festgestellt, daß in vielen Fällen unserer Webindustrie aus dieser Erfindung ganz bedeutende Vorteile erwachsen werden. Aber auch andere Industriezweige werden davon profitieren. So wird z. B. das Strohgarn als Füllmaterial für die Polstermöbelindustrie Anwendung finden können, namentlich mit Rücksicht auf die billigen Preise und das leichte Gewicht. Möglicherweise kann es auch in der Bindfadenindustrie verwendet werden. Auf jeden Fall scheint hier ein wirklich brauchbarer Stoff gefunden, der uns von dem die Juteindustrie völlig beherrschenden englisch-indischen Markt unabhängig machen wird.

Ein neuer Urmensch.

Nachdem zuletzt vor zwei Jahren der Fund eines Menschenstletes der Neandertalstraße aus Südranckreich gemeldet worden war, kommt nun von dort aufs neue die Kunde von der Aufdeckung fossiler Menschenreste. Sie gehören, wie Professor S. A. L. A. T. S. C. der ausgezeichnete Breslauer Anthropologe, in der Umschau berichtet, der Kulturschicht der Mousterien, der älteren Steinzeit an, und können schon jetzt mit Wahrscheinlichkeit als dem Neandertalstypus angehörig bezeichnet werden. Der Entdecker, Henri Martin, fand die Reste im Departement Charente, das westlich an das der Dordogne anstößt. Das Skelett gehört den unteren Mousterien-Ablagerungen an. Es lag im Sande eingebettet, ohne eine Spur von Bestattung, und seine Lagerung und Haltung deutet darauf hin, daß es sich um einen vom Ufer in den Fluß gestürzten Menschen handelte. Nur wenige Werkzeuge fanden sich in seiner Nähe: Schaber und Spizen, einige Fragmente von Knochen von Wiedertäuern und Pferden ließen die Spuren des Gebrauchs erkennen. Die Fundschicht ist vollkommen ungeört, so daß man dem Skelett ein ziemlich hohes geologisches Alter zusprechen kann. Es ist älter als alle bisher bekannten menschlichen Skelette, von dem Heidelberg Unterliefer abgesehen. Der Erhaltungszustand ist leidlich. Die Stirnwülste sind recht stark ausgeprägt; das Gebiß ist sehr kräftig entwickelt, doch ist es auch hier offenbar wieder typisch menschlich gestaltet.

Doppelte Moral.

In einer großen Berliner Zeitung vom 17. November v. J. finden sich auf der selben Seite Spalte neben Spalte zwei Aufsätze, die dasselbe Thema behandeln. Der eine Beitrag ist überschrieben: *Eheirungen einer Wädersfrau*. Sie ist Mutter von drei Kindern; sie verläßt, als sie einen Schlächtergesellen kennen gelernt hat, ihren Mann und geht zu jenem. Dann pendelt sie zwischen den Wohnungen der beiden Männer hin und her; schließlich kehrt sie jedoch zu ihrem Ehemann reuig zurück, der sie auch wieder in Gnaden aufnimmt. Vergebens versucht nun der dritte, das alte Verhältnis wieder anzuknüpfen, und als sie ihn energisch zurückweist, muß sie die Wahrung ihrer Pflicht durch eine Kugel büßen, die ihr jener durch die Brust schießt. Von Liebe ist in diesem Artikel mit keinem Worte die Rede. Der andere jedoch ist nicht *Eheirungen* überschrieben, sondern: *Ein Blatt der Liebe*. Denn in diesem Falle handelt es sich nicht um eine Wädersfrau, sondern um den einstigen Reichskanzler, den Fürsten Chlodwig Hohenlohe. Von dem wird erzählt, daß „Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue“ die Leitsterne seines Lebens waren, und weiter wird erzählt, daß der „stille Mann“ vier Jahrzehnte hindurch neben seiner angetrauten Gattin, die ihm mehrere Kinder gebar, ein intimes Verhältnis mit einer anderen Frau unterhält, dem ebenfalls mehrere Kinder entsprangen. Dabei quartierte er die Nebenmutter auf seinem Schloß Schillingssfürst ein. Eines Tages traf die Fürstin, die unerwartet von einer Reise zurückgekehrt war, im Arbeitszimmer ihres Mannes die Verlöcherung von „Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue“ bei der Dame mit den „blauen Vergikeln nachtaugen und dem braunen Haar, das bis zu den Knöcheln reichte“. Natürlich fesselte außer den „Wänden der Liebe“ den Staatsmann an die Geselebe auch noch der „innigste Einfluß zweier Seelen“, sie ist die „Ame soeur“ usw. — Wie Fürst Chlodwig sein Verhalten

mit seinem Gewissen ins reine brachte, das war schließlich seine Sache, uns geht es nicht das geringste an. Wir reden von den beiden Zeitungsartikeln, auf einer Seite des selben Blattes einer Zeitung, die sich für freimüthig hält. Ob unsere Gesellschaft vornehm und gering mit gleichem Maß mißt, über diese Frage geben solche naiven Selbstzeugnisse Stichproben. **Flösculus im Runnwart.**

Zunahme der Ehescheidungen.

Im Jahre 1910 wurden in Preußen 9277 Ehen rechtskräftig geschieden gegen 9070 im Jahre 1909. In den letzten sechs Jahren ist die Zahl der Ehescheidungen um mehr als ein Drittel gestiegen. An dieser Vermehrung sind aber nur die Städte beteiligt; auf dem Lande haben die Ehescheidungen sogar eine Verminderung erfahren. Während im Jahre 1910 auf dem Lande nur etwa jede 2000. Ehe gerichtlich gelöst wurde, entfiel in den Städten bereits auf je 463 eine Scheidung. In den Großstädten wurde jede 310., in Berlin sogar schon jede 217. Ehe gelöst.

Der Antrag auf Scheidung wurde vom Manne in 5886, von der Frau in 5891 Fällen gestellt. Fast die Hälfte aller Scheidungsurtheile bestand in Ehebruch, bei über zwei Fünfteln in schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder ehelosem oder unsittlichem Verhalten (§ 1568 des Bürgerlichen Gesetzbuches); dann folgte der Zahl der Fälle nach böswilliges Verlassen, Geisteskrankheit und Lebensnachteile. In 63,8 Prozent aller Fälle wurden die Männer als schuldiger Teil erklärt. Verhältnismäßig stark waren die Frauen am Ehebruch beteiligt. Auf dem Lande ist der Ehebruch mit noch nicht zwei Fünfteln aller Ehescheidungsursachen beträchtlich seltener als in den Städten, dagegen ist hier, abweichend vom Stadtgebiet, der Anteil der Frauen größer als der der Männer. Gemeinschaftliche Kinder waren in 5548 der geschiedenen Ehen vorhanden.

Der Wabizettel.

- Ein kleiner weißer Zettel wird
Getan in jede Hand.
- Ein kleiner weißer Zettel schwirrt
Als Pfeil aus jeder Hand.
- Ein kleiner weißer Zettel nur,
Ein Pfeil und mehr als Pfeil:
Wenn er durch morsche Stämme fuhr,
Dann war er auch ein Weil.
- Ein Pfeil und Pfeil! Und habt ihr Lust
Ist's eine Feile scharf —
Für Ketten, die man um die Brust
Und um die Stirn auch warf.
- o Pfeil und Weil und Feile du,
Du weißer Zettel klein,
Du unserm Ruhm und Heile du
Sollst Besseres noch sein.
- Ein Spaten sei, der neuem Strom
Gräbt ungehemmten Lauf!
Sei du ein Schlüssel, der den Dorn
Der Freiheit uns schließt auf!
- Und sei ein Schwert zu gutem Werk
Und sprüh' und schlage zu,
Du starker Riese du — du Zwerg,
o kleiner Zettel du!

F. E. im III.

Humor und Satire.

Der Zeuge. Ich fahre von Halle nach Berlin. Untertweg passiert mir das Unglück, im Klosett eine Fensterscheibe zu zerbrechen. Als anständiger Mensch melde ich das dem Schaffner, dieser meldet es dem Zugführer, und an der nächsten Station wird es dem Stationsvorsteher gemeldet. Ich erkläre mich natürlich sofort bereit, die Sache zu zahlen. Der Stationsvorstand erklärt mir aber, daß er über die Ursache dieses Unglücks einen Bericht aufnehmen müsse und fragt mich ganz lakonisch: „Wen können Sie als Zeugen für nur unbeabsichtigtes Einbrechen der Klosettfensterscheibe angeben?“

Destination. „Was versteht's denn es von Politik! Links! Liberal, sag' i (ein Münchener Bierphilister), dös is, wann oaner grad so schimpft wie mir — aber danach do no Durra schreit.“ (Simpl.)

